Einzelpreis 70 Heller.

Re[illegible] Verwaltung: Pra[illegible]ckova nám. 32.

Telephone: Tagesredaktion: 6795. Nachtredaktion: 6797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan [illegible] Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich	Kč 16.—
vierteljährlich	„ 48.—
halbjährig	„ 96.—
ganzjährig	„ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

3. Jahrgang. Mittwoch, 12. Dezember 1923. Nr. 289.

Umschwung in England?

Von dem prächtigen Sieg der Labour Party, den die englischen Parlamentswahlen brachten, muß auch deren andere Bedeutung gewürdigt werden. Worüber bei diesen Wahlen entschieden wurde, das betrifft nicht nur die Zukunft des britischen Reiches selbst, sondern, ohne Uebertreibung, das gesamteuropäische Schicksal. Seit Jahrzehnten hatte das englische Volk keine so wichtige Entscheidung zu fällen gehabt. Das von Baldwin aufgerollte und zur Plattform dieser Wahlen gemachte Problem, berührt die Lebensmöglichkeiten jedes einzelnen englischen Staatsbürgers, die Art seiner Beantwortung erschien aber auch geeignet, in das wirtschaftliche Leben aller europäischen Staaten und Völker tief einzuschneiden. Wenn von dem Wahlausfall auch nicht zu erwarten ist, daß von ihm unmittelbare Wirkungen ausgehen werden, so ist doch gewiß: bei diesen Wahlen wurde um das Schicksal Europas gewürfelt.

Es war keineswegs weitausschauende staatsmännische Begabung, die den englischen Premierminister Baldwin den Appell an die Wähler richten ließ, vielmehr war es die Zwangslage, in welche die englische Regierung, nicht ganz ohne eigene Schuld geraten war und aus der ihr die Wahlen heraushelfen sollten. Es war das Verhängnis Englands, daß seine Regierungen in den ersten Jahren nach dem Kriege sich in der Richtung der imperialistischen Politik Frankreichs betätigten, an der Zerrüttung und Aussaugung Deutschlands mithalfen. Die Folge war die Konservierung und Steigerung der Wirtschaftskrise, die England mit einer schweren Schädigung seiner Industrie und seines Handels, sowie seit vier Jahren mit der Beschäftigungslosigkeit von eineinhalb Millionen Arbeitern bezahlt. Das bedeutet aber nicht nur Schädigung seiner wirtschaftlichen Kräfte, sondern stellt auch eine ungeheuere Belastung seiner Finanzen dar, denn die Unterstützung der Arbeitslosen erfordert jährlich einen Aufwand von 70 bis 80 Millionen Pfund. Die dem englischen Staate und seiner Wirtschaft auferlegten Opfer führten im öffentlichen Leben Englands einen Stimmungsumschwung herbei, der zu der Erkenntnis führte, daß es nötig sei, um sich selbst zu retten, vor allem Deutschland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren und durch eine gerechte Lösung der Reparationsfrage die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Indessen war aber Frankreich auf Grund seiner militärischen Rüstungen und seiner politisch-militärischen Bündnisse zur herrschenden Macht in Europa geworden und setzte den Bemühungen Englands, einen wirklichen Frieden durch eine vernünftige Lösung des Reparationsproblems zu schaffen, hartnäckigen und erfolgreichen Widerstand entgegen. Die Ursache der Mißerfolge war aber nicht allein in der starren Unnachgiebigkeit Frankreichs zu suchen, sondern lag zu einem nicht geringen Teile an der Zwiespältigkeit der englischen Politik, die wiederholt Deutschland zum Widerstande gegen Frankreich ermutigte, um es im entscheidenden Augenblicke immer im Stiche zu lassen und sich mit Frankreich doch wieder auf einer Linie zu finden. So mußten die zeitweiligen Bestrebungen, Frankreich zum Einlenken zu bewegen, scheitern, und die Regierung dazu treiben, den Versuch zu unternehmen, dem Problem von einer anderen Seite beizukommen. Sie griff zu der alten Parole: Schutzzoll oder Freihandel, die vor mehr als 70 Jahren unter Bright und Cobden nach einer intensiven Propaganda zum Uebergang vom Schutzzoll zum Freihandel führte, die aber, obwohl England seither das führende Land der Freihandeltradition war, auch später wiederholt die Ursache lebhafter politischer Kämpfe war. Durch die Auflösung des englischen Unterhauses suchte Baldwin die Entscheidung der Wähler zugunsten des Schutzzollsystems herbeizuführen. Mit dem engeren Anschluß an die Dominien, die mit dem Inselreich ein geschlossenes Zollgebiet bilden sollten, war die Absicht verbunden, die Möglichkeit zu erlangen, England vom europäischen Festland wirtschaftlich unabhängig zu machen, das ganze britische Reich mit einer Mauer von Schutzzöllen zu umgeben, seiner Industrie für die in Europa verloren gegangenen Absatzmärkte Ersatz zu schaffen und ihr die ausländische Konkurrenz vom Halse zu halten. Die Wirtschaft der europäischen Länder wäre dadurch in der schwersten Weise getroffen worden, denn der Uebergang zum Schutzzoll hätte ohne Zweifel bewirkt, daß der britische Absatzmarkt für alle kontinental-europäischen Güter vollständig gesperrt worden wäre. Die Regierung glaubte, um so leichteres Spiel zu haben und große Teile der Arbeiterschaft für ihr Programm einzufangen, als sie versprach, alle Lebensmittel und Rohstoffe auch weiterhin zollfrei zu lassen und bloß ausländische Fertigfabrikate dem Schutzzoll zu unterwerfen. Zumindest erhoffte die Regierung durch dieses Versprechen, die Arbeiterschaft irre zu machen und zu spalten, sowie wenigstens den schärfsten Widerstand der Arbeitermassen gegen die schutzzöllnerische Richtung zu brechen. Es kann nicht geleugnet werden, daß der Plan schlau erdacht war, denn er stellte die Lockung an die Arbeiterschaft dar, der großen Arbeitslosigkeit ein rasches Ende und damit die Möglichkeit besserer Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Daß die englischen Arbeiter dennoch diesen Plan verwarfen, weil sie erkannten, die durch den Schutzzoll geschaffene Monopolstellung der englischen Industrie würde die Bildung von Trusts und Kartellen und damit die Verteuerung ihrer eigenen Lebenshaltung, die Gelegenheit zu ihrer Auswucherung durch die heimischen Kapitalisten schaffen, ist ein Beweis ihrer politischen Reife und Einsicht.

Die Abschließung Englands hätte aber auch bedeutet, dem Imperialismus Frankreichs das Feld in Europa vollständig freizugeben. Dadurch wäre auf unabsehbare Zeit jede Hoffnung geschwunden, in England ein Gegengewicht gegen die imperialistischen Ausschreitungen Frankreichs erstehen zu sehen. Baldwin wollte das britische Reich in die Lage versetzen, unberührt von den Vorgängen draußen, die Entwicklung der europäischen Angelegenheiten abwarten zu können, was die Fortsetzung der französischen Beute- und Erpresserpolitik ins Endlose bedeutet hätte. Die Lage in Europa hätte dadurch den Stempel der Hoffnungslosigkeit aufgedrückt bekommen. Der Sieg der englischen Arbeiterpartei und die Ablehnung des Planes der Regierung durch die große Mehrheit der Wähler, hat diese Gefahr für Europa abgewendet. Wenn auch die Folgen der englischen Wahlentscheidung nicht unmittelbar in die Erscheinung treten werden, so darf Deutschland und damit die übrige Welt doch wieder die Hoffnung schöpfen, daß aus dem Elend und der Zerrüttung unserer Zeit der rettende Ausweg gefunden werden wird. Der Wahlsieg der englischen Genossen wird auch der Arbeiterschaft aller Länder neue Kraft und Hoffnung geben!

Die Geschlagenen wollen weiter regieren.

Baldwin bleibt. — Vor dem 8. Jänner kein Regierungswechsel.

London, 11. Dezember. (AN.) Vom Amtssitz des britischen Premiers wurde heute nachfolgende amtliche Erklärung herausgegeben:

Nach sorgfältiger Prüfung der in der Verfassung festgelegten Grundsätze und ihrer Anwendung auf die durch das Ergebnis der allgemeinen Wahlen geschaffenen Situation hat das Kabinett einstimmig beschlossen, daß es seine verfassungsmäßige Pflicht ist, ehestens vor das Parlament zu treten. Das Parlament wird, wie bereits angekündigt wurde, am 8. Jänner zusammentreten.

Heute wurde das Wahlresultat auf den Orkney- und Shetlandinseln veröffentlicht, wo der liberale Kandidat gewählt wurde. Das Verhältnis der Parteien ist heute folgendes: Konservative 256, Labourparty 189, Liberale 158, Unabhängige 8 Mandate.

* * *

Die Konservativen für Neuwahlen.

London, 11. Dezember. (Havas.) Die unionistischen Kreise sind der Ansicht, daß die gegenwärtige Regierung nur einige Zeit wird im Amte bleiben können und binnen sechs bis zwölf Monaten zu neuen Wahlen wird schreiten müssen.

* *

Ententepolitisches Chaos.

Paris, 11. Dezember. Der Außenpolitiker des „Matin", der sich augenblicklich in London aufhält, bespricht die Möglichkeit, daß Baldwin mit seinem Kabinette im Amte bleibt. Er schreibt: Mit Rücksicht auf die Außenpolitik müsse Frankreich die nun beginnende Periode als Uebergangsperiode bezeichnen, denn England würde sich in ihr zu internationalen Entscheidungen nicht entschließen, aber Frankreich könne mit der Lösung gewisser Probleme nicht warten, bis sich Baldwin, Asquith und Macdonald verständigt hätten. Auf dem europäischen Kontinente seien dringende Fragen zu lösen. Italien wolle an allen Diskussionen teilnehmen. Auch die Staaten der Kleinen Entente wollen wissen, in welchem Europa sie lebten. Wenn also die britische Politik versage, so sei das kein Grund für Frankreich, daß es darauf verzichte, internationale Fragen zu lösen.

Aenderung des Wahlsystems.

London, 10. Dezember. Hier sind Anzeichen einer zunehmenden Geneigtheit der Konservativen vorhanden, daß die Regierung am Ruder bleibe und sich am 8. Jänner, so wie es ursprünglich ihre Absicht war, dem neuen Unterhause vorstelle. In konservativen Kreisen wird betont, daß die konservative Partei bisher die größte Partei im Unterhause ist und demnach das Recht besitzt, die Macht insolange zu behalten, als sie nicht bei der Abstimmung durch die vereinigten Kräfte der übrigen Parteien geschlagen wird.

In liberalen Kreisen sind die Ansichten bezüglich des von der Partei einzuschlagenden weiteren Verhaltens geteilt. Ein Teil der Liberalen tritt für die absolute Unabhängigkeit der Partei ein, ein anderer ist der Meinung, daß bei bestimmten Richtlinien ein Zusammenarbeiten mit den Konservativen möglich wäre. Dieser Teil der Liberalen hält dafür, daß die Liberalen der konservativen Regierung eine wohlwollende Neutralität und bis zu einem bestimmten Maße auch eine Unterstützung zusagen könnten, soweit es sich um ein Programm handelt, welches weitere ernste Versuche betreffend die Lösung des Ruhr- und Reparationsproblems, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Durchsetzung des eine Steuerreduktion enthaltenden Budgets umfassen würde.

Die Presse sämtlicher Parteien stellt fest, daß das Unterhaus ehestens eine Verbesserung des den gegenwärtigen Forderungen Rechnung tragenden Wahlsystems anstreben werde. Das Bestehen einer dritten starken Partei, nämlich der Arbeiterpartei, hat gezeigt, daß in zahlreichen Wahlkreisen, in denen einander drei Kandidaten gegenüberstanden, der siegreiche Kandidat eigentlich mit einer Minorität der Stimmen gewählt wurde. Sämtliche Parteien haben unter diesem System gelitten und es werden zweifellos im Parlamente Vorschläge gemacht werden, eine Methode ausfindig zu machen, nach welcher die Vertretung der Parteien im Parlament eine gerechtere wäre. Die Blätter ziehen eine Proportionalvertretung in Erwägung.

Das Radiogesetz.

Ein Musterbeispiel sanktionierter Korruptionswirtschaft.

Wir sind nun glücklich soweit gekommen, daß Beamtenwillkür, Protektion und Korruption nicht mehr schamhaft verhüllt ihr Wesen treiben, sondern gewissermaßen Gesetzeskraft erlangen sollen. Ein Schulbeispiel hiefür liefert die der Nationalversammlung von der Regierung unterbreitete Gesetzesvorlage, durch welche die Erzeugung, der Verkauf und die Einlagerung von radiotelegraphischen Einrichtungen, sowie die Einfuhr derselben aus dem Auslande geregelt werden soll.

Die Radiotelegraphie sowie die Radiotelephonie haben in vielen Ländern, besonders in Amerika, England, Frankreich Belgien und den nordischen Staaten bereits eine große Ausdehnung genommen. Ihre Bedeutung für die Zukunft ist kaum abzumessen. Werden doch nahezu täglich neue Erfindungen und Entdeckungen gemacht, welche die bisherigen Apparate vervollkommnen, ohne daß das Ende dieser Entwicklung bisher abzusehen wäre. Der Staat könnte nun hinsichtlich der Verwertung dieses so ungemein zukunftsreichen Gebietes zwei Wege gehen: Entweder den des staatlichen Monopols ähnlich wie bei Post und Telegraphie oder den, daß er es der privaten Ausnützung überläßt. Gewiß hat der Staat besonders im Falle eines Krieges, bei der ungemein leichten Möglichkeit eines Mißbrauches, ein Interesse an der ausgiebigsten Kontrolle, die ihm selbstverständlich am besten in der Form des Monopols gewährleistet ist.

Die Regierung hat es aber vorgezogen, keinen der beiden Wege zu gehen, sondern den der privaten Ausbeutung zwar betreten, ihn aber durch die Möglichkeit der schrankenlosen Willkür der Behörden noch verschlechtert. Das Privatkapital soll Millionen und Millionen verdienen, so will es die kapitalistische Regierung, aber die Person des Verdieners sollen die Beamten bestimmen, so will es die einfluß- und geldlüsterne Bürokratie. Und aus diesen Erwägungen ist eine Vorlage entstanden, deren Schamlosigkeit wohl einzig in der Geschichte aller Staaten dastehen dürfte.

Nachstehend der wesentliche Inhalt der Vorlage: Die Bewilligung zur Erzeugung, dem Verkaufe, der Einlagerung und der Einfuhr dieser Artikel kann nur dem in Inlande wohnenden, verläßlichen und fachlich vorgebildeten Staatsbürger erteilt werden. Schon diese Voraussetzungen, die wohlgemerkt auch für den Handel gelten, sind hart genug, und es wäre zu untersuchen, ob sie nicht den Friedensverträgen und bestehenden Staatsverträgen widersprechen. Auch gibt der sehr vage Begriff der „Verläßlichkeit" Anlaß in Hülle zu Chikane und Willkür. Aber das genügt offenbar nicht. Die Bewilligung erteilt das Handelsministerium im Einvernehmen mit dem Postministerium. Das heißt, daß gegen die Verweigerung kein Instanzenzug möglich ist. Eine Behörde entscheidet endgültig; es gibt keine Behörde, die die Entscheidung der ersten Instanz überprüfen könnte! Die erste Instanz ist auch die letzte. Diese Bestimmung ist ein vollständiges Novum in unserer Gewerbegesetzgebung. Der Handelsminister hatte zwar die Stirn, das im Verfassungsausschusse des Senates zu bestreiten und berief sich auf den Paragraph 143 der Gewerbeordnung. Es wurde ihm aber an Ort und Stelle das Unstichhaltige seiner Behauptung nachgewiesen, da dieser Paragraph von einer Bewilligung für mehrere Kronländer des ehemaligen Oesterreichs spricht, die naturgemäß nur von einer diesen Kronländern gemeinsamen Behörde, eben dem Ministerium, erteilt werden kann. Aber nicht genug daran, bestimmt der Paragraph 9 der Vorlage, daß das Handelsministerium auch dann, wenn alle nach dem Gesetze zur Erlangung der Bewilligung erforderlichen Bedingungen nachgewiesen werden, die Bewilligung ohne Angabe von Gründen verweigern darf. Das bedeutet nichts mehr und nichts weniger als die volle, unbeschränkte und unbegrenzte Willkür der Bürokratie, das bedeutet, daß der Protektion und Korruption Türe und Tor weit geöffnet werden. Diese Bestimmung ist eine so unerhörte und niedagewesene, gibt den Beamten eine solche Fülle von Macht, daß man eigentlich die Kühnheit bewundern muß, mit welcher die Regierung dem Parlament diese Ungeheuerlichkeit zumutet.

Aber der Gipfelpunkt der Schamlosigkeit ist damit noch nicht erreicht. Der § 12 der Vorlage

besagt, daß das Ministerium für die Erzeugung dieser Einrichtungen „von Fall zu Fall noch weitere Bedingungen festsetzen kann, zum Beispiel bezüglich des Umfanges der Erzeugung, der Verkaufspreise der fertigen Produkte, der Kontrollvorschriften und so weiter. . . .“ Das heißt also, daß das Ministerium jedem einzelnen Unternehmer vorschreiben kann, wieviel Apparate er erzeugen und um welchen Preis er sie weiter verkaufen darf. Es kann also ein Unternehmen einschnüren, das andere bevorzugen, und es kann, indem es dem einen Unternehmer zu hohe, dem anderen niedrigere, aber immer noch rentable Preise vorschreibt, den ersteren einfach konkurrenzunfähig machen und zugunsten des anderen zugrunderichten. Und das köstlichste an naiver Frechheit ist wohl dieses „und so weiter“, das dem Ministerium jede Möglichkeit zu allen beliebigen Protektionen gibt. Keine Sprache hat Worte genug, um das Maß dieser Ungeheuerlichkeit nach Gebühr zu kennzeichnen.

Man müßte Bände voll schreiben, um alle Niederträchtigkeiten dieser Vorlage auszuschöpfen. Wir wollen nur noch die Schwierigkeiten, die der Einfuhr solcher Erzeugnisse bereitet werden sollen, anführen, und die geeignet sind, nicht nur wiederum den denkbar günstigsten Boden für Protektion und Korruption abzugeben, sondern auch den gerade auf diesem Gebiete so unbedingt notwendigen technischen Fortschritt und die Verbilligung zu hindern. Wer Erzeugnisse dieser Art einführen will, muß alle allgemeinen Bedingungen (Staatsbürgerschaft, Wohnsitz im Inlande, Verläßlichkeit, fachliche Vorbildung) nachweisen, die Erzeugungs- und Verkaufsstätte, die Art und Zahl der Einrichtungen und den Verwendungszweck angeben; er muß noch extra die bereits erteilte Bewilligung zur Erzeugung, zum Verkaufe oder zur Einlagerung dieser Einrichtungen oder die bereits erteilte Konzession zur Errichtung oder zum Betriebe von Radiostationen nachweisen, und er muß schließlich für die Einfuhr eine Gebühr bezahlen. Aber wenn alle diese Klippen umschifft, alle Hindernisse „beseitigt“ sind und die Bewilligung erteilt ist, dann kann sie das Ministerium ohne Angabe von Gründen im Frieden dreimonatlich kündigen, im Kriege oder bei Störung der Ruhe im Innern ohne Kündigung entziehen!

Ungemein bezeichnend ist aber auch der Werdegang dieser netten Vorlage. Anfangs Mai dieses Jahres wurde sie im Abgeordnetenhause eingebracht, am 11. Mai unter dem heftigen Protest unserer Genossen im Ausschuß und schon am 15. Mai im Hause selbst beschlossen. Zwischen Vorlegung und Beschlußfassung waren kaum acht Tage verstrichen. Dieses Eilzugstempo hatte man gewählt, um die Abgeordneten zu überrumpeln, sie nicht zur Besinnung kommen zu lassen. Und nun ging die Vorlage in den Senat, wo sie im volkswirtschaftlichen Ausschuß rasch und glatt erledigt wurde, und es fehlte nur noch die Zustimmung des Verfassungsausschusses. Mittlerweile hatte sich die tschechische Oeffentlichkeit der Sache bemächtigt und rebellierte. In tschechischen Fachzeitschriften, der „Tribuna“, dem „Pravo Lidu“ und vielen anderen Zeitungen erschienen Artikel, welche die Schändlichkeiten der Vorlage aufzeigten. Mag sein, daß mancher Konkurrenzneid dabei im Spiele war. Es kam hervor, daß an diesen Dingen mit Leichtigkeit 20 bis 30 Millionen Kronen zu verdienen seien, daß drei Firmen, welche vor ein bis zwei Jahren um die Konzession ansuchten, sie bis heute nicht erhielten, und daß sich die staatliche „Fürsorge“ auf eine einzige Gesellschaft, die „Radioslavia“ und deren Verkaufsfirma, das Radio Journal beschränkt. Der Staat besitzt 16 Prozent des Aktienkapitals der „Radioslavia“, dem Verwaltungsrate gehören von zehn Mitgliedern sieben Staatsbeamte an. Den Protesten gegen die Vorlage schlossen sich in langen, eingehend motivierten Denkschriften der Verband der Elektrizitätsunternehmungen, die Handels- und Gewerbekammer in Prag, die tschechische Universität und die tschechische technische Hochschule an. Das Referat des Verfassungsausschusses wurde dem klerikalen Senator Prochazka übertragen, es wurde ein Subkomitee eingesetzt, dem drei Mitglieder der Koalition, zwei Mitglieder der Opposition, Gen. Pohl und Prof. Dr. Spiegel, angehörten. Tatsächlich gelang es, im Subkomitee wenigstens das schlimmste zu beseitigen, indem das Bewilligungsrecht den politischen Landesverwaltungen übertragen und somit ein Beschwerderecht ermöglicht, und indem der oben zitierte § 9 beseitigt wurde. Es schien, daß die Vorlage, wenn auch nicht annehmbar, so doch erträglich gemacht werden sollte.

Aber nun begannen die Regierung und offenbar auch der Zehnerausschuß der Koalition ihr verruchtes Spiel. Den widerspenstigen Senatoren wurde der Kopf gewaschen, die alten Herren an ihre Pflicht erinnert, zu apportieren, was ihnen hingeworfen wird. Senator Prochazka, dessen juristisches Gewissen es nicht zuließ, den Skandal mitzumachen, legte das Referat nieder und beteiligte sich an den weiteren Beratungen nicht mehr. Das Referat übernahm der Agrarier Lukeš, ein zu allem fähiger Regierungsknecht, und in der Sitzung des Verfassungsausschusses vom 4. Dezember geschah das Ungeheuerliche, daß alle Abänderungsanträge, die im Subkomitee einstimmig beschlossen worden waren, abgelehnt und die Regierungsvorlage unverändert angenommen wurde. Auch die Mitglieder des Subkomitees, soweit sie der Koalition angehören, lehnten die von ihnen selbst mitbeschlossenen Aenderungen ab, und so wird diese Schandvorlage demnächst Gesetz werden!

Wir haben den Fall so eingehend dargelegt, weil er ein Muster für die in Gesetzesparagraphe gekleidete, sozusagen formulierte und anerkannte Protektion, Korruption und Beamtenwillkür ist. Am bedauerlichsten ist, daß auch die tschechischen sozialistischen Parteien, die doch sonst die Bürokratie zu bekämpfen vorgeben, und unter ihrer Despotie genug zu leiden haben, hier mittun, und sich von einem klerikalen Senator beschämen lassen. Wer in Zukunft eine Erzeugungsstätte für Radioerzeugnisse errichten will, wird wissen, daß der Weg hiezu nur über eine mit „geeigneten“ und „zweckdienlichen“ Mitteln zu erreichende Protektion geht. Wie wäre es, wenn die Regierung und die Koalition auch die Bewirtschaftung des Spiritus und die Verwendung der diversen Fonde der Spiritusgenossenschaft in ähnlicher Weise kodifizieren würde? Den verschiedenen Prašeks bliebe manche Unannehmlichkeit erspart. Und an Prašeks sind wir ja Gott sei Dank nicht arm!

Arbeitslosenunterstützung und Kohlensteuer.

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses war eine regelrechte Arbeitssitzung. Sämtliche elf Punkte der Tagesordnung wurden erledigt, darunter auch die Verlängerung des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung, das Gesetz über die Aufbringung der hiedurch erforderlichen Mittel, d. i. der sogenannte Arbeitslosenkredit und das Gesetz über die Kohlensteuer. Nachstehend der Sitzungsbericht:

Gemäß dem Präsidialbeschluß wurde die Debatte über das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung mit der über den Arbeitslosenkredit in einem abgeführt. Nach den Berichterstattern **Langr** und **Chalupa** ergriff als erster Redner

Genosse Roscher

das Wort. Er führte u. a. aus: Die von der Regierung angefertigte Statistik der Arbeitslosen erfaßt nur jene Arbeiter, die tatsächlich unterstützt werden, scheidet aber alle jene aus, die arbeitslos sind und keine staatliche Unterstützung erhalten. Die Statistik entspricht daher nicht den tatsächlichen Verhältnissen über den Stand der Arbeitslosigkeit und es wäre irrig, aus ihr auf ein Nachlassen der wirtschaftlichen Krise zu schließen.

Wir können fast in allen Industriebezirken feststellen, daß mindestens zwei Drittel der Beschäftigungslosen von der Unterstützung im allgemeinen ausgeschlossen sind. Wenn wir darauf verweisen und verlangen, daß allen Arbeitslosen das Recht auf Unterstützung zustehe, soweit sie unverschuldet arbeitslos geworden sind, wird uns immer bei den Regierungsstellen erklärt, daß wir in den deutschen Bezirken gar nicht zu klagen hätten, daß wir keine Ursache zur Beschwerde hätten und daß in den deutschen Bezirke viel mehr an Arbeitslosenunterstützung als in den tschechischen Bezirken gezahlt wird. Es wird behauptet, daß in den deutschen Bezirken die Beamten viel liberaler vorgehen als in den tschechischen Bezirken und daß wegen der guten Auslegung des Gesetzes der Stand der Arbeitslosen noch ein so großer ist.

Es muß hiezu festgestellt werden, daß die deutsche Industrie in den Randgebieten des Staates zusammengedrängt ist und daß die Industriearbeiter heute nicht, so wie es früher der Fall war, zu einem großen Teile nach Deutschland hinübergehen können, und daß sie gezwungen sind, arbeitslos im Lande zu bleiben. Man hat die ganze Zeit hindurch in diesem Staate eine Wirtschaftspolitik gemacht, die sich nicht auf eine gleichmäßige Behandlung der Industrie und ihrer Arbeiter erstreckte, sondern man hat versucht, eine Wirtschaftspolitik zu machen, bei der man die einen bevorzugt und die anderen vernachlässigt. Das hat dazu geführt, daß ein großer Teil der Arbeiter in den deutschen Gebieten arbeitslos geblieben ist. Wir sehen dies auch bei der Vergebung der staatlicher Lieferungen. Wir brauchen nur den Bericht des Budgetausschusses durchzugehen. Dort finden wir, daß tschechische Firmen bei den Lieferungen, besonders für die Eisenbahnen, bedeutend bevorzugt werden. Wir hatten auch nicht die Möglichkeit, die deutschen Arbeiter so unterzubringen, wie es den Tschechen möglich war.

Ich habe einen offiziellen Bericht, der aus der Kanzlei der tschechischen Legionäre kommt, die beim Ministerium für Nationalverteidigung besteht. In diesem Berichte wird festgestellt, daß man bis jetzt 33.639 Legionäre im Staatsdienst untergebracht hat (Hört! Hört!), daß man des weiteren 4058 Legionäre in privaten Unternehmungen untergebracht hat, und daß man 6100 im aktiven Stand der Armee erhalten konnte. Wenn wir das anführen, tun wir es nicht deshalb, weil wir den Legionären den Arbeitsplatz nicht gönnten. Wir führen dies nur an, um die Argumentation zu widerlegen, daß die Arbeitslosenziffer im deutschen Gebiete größer ist und daß dort das Gesetz liberaler gehandhabt wird. In Wirklichkeit ist es so, daß wir im deutschen Gebiete die Arbeitslosen im Staatsdienst überhaupt nicht unterbringen konnten. Es sind also nicht weniger als 43.851 Leute, die im Staats-, in Privatdienst, beim Militär untergebracht worden sind. Hätten wir gleichfalls die Möglichkeit, 50.000 Leute von unseren Arbeitslosen unterzubringen, so wäre auch die Ziffer der Arbeitslosen im deutschen Gebiete bedeutend kleiner. Es ist deshalb

unrichtig und irreführend, wenn behauptet wird, daß in den deutschen Gebieten mehr für die Arbeitslosen getan worden ist als im tschechischen Gebiete.

Wir müssen verlangen, daß Ordnung gemacht wird in der Durchführung und Handhabung des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes, daß das Gesetz klar und deutlich ausspricht, wer von den Arbeitslosen Anspruch auf Unterstützung hat und daß daher alle unklaren Bestimmungen und Erlässe, welche die Beschränkung des Rechtes der unverschuldet Arbeitslosen auf Unterstützung bewirken, aufgehoben werden. Wir müssen verlangen, daß den Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht für die Bewilligung der Unterstützungen erteilt werde und daß die Einstellung der Unterstützung an Arbeitslose nicht wie bisher, schablonenhaft, erfolgt, ohne Rücksichtnahme auf die gegebenen tatsächlichen Verhältnisse. (Beifall.)

Es sprachen noch **Bergmann** (Nat.-Dem.), **Touzil** (Kom.) und **Patzel** (d. Nat.-Soz.), worauf die Berichterstatter ihr Schlußwort erhielten. Sodann wurde zur Abstimmung geschritten. Die Vorlage wurde unverändert angenommen, Die Abänderungs- und Resolutionsanträge unserer Genossen von der Koalition abgelehnt.

Das Haus schritt zur Verhandlung des Gesetzes über die Kohlensteuer. Nach den Berichterstattern sprach u. a.

Genosse Pohl.

Er sagt, daß der Unterschied in der Besteuerung der Kohle, wie sie bisher war und wie sie nach dem vorliegenden Gesetzentwurfe in der Zukunft sein wird, schon im Titel drastisch zu Tage tritt, da diese Kohlenbesteuerung früher eine Abgabe war, gültig nur für außergewöhnliche Zeiten, nicht aber für normale. Der heutige Gesetzentwurf dagegen sieht eine dauernde Besteuerung und daher eine dauernde Belastung ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Erfordernisse vor. Bezeichnend ist das Bestreben der Finanzverwaltung, immer darauf hinauszugehen, jede Besteuerung möglichst in Form der Verbrauchssteuern zu verfügen, was wohl fiskalisch vom Standpunkte des Finanzministers begreiflich erscheint, was aber schwerlich der volkswirtschaftlichen Entwicklung des Staates dienlich sein kann. Die ständige Vermehrung der Verbrauchssteuer und deren Stabilisierung kann nicht ohne ernste Gefährdung für unsere Volkswirtschaft bleiben. Entscheidend ist auch, daß die Frage der Kohlensteuer seit ihrer Einführung und ihrem Abbau im Verwaltungswege ein ständiger Weg des Kampfes war, denn die Finanzverwaltung war nie dazu zu bewegen, freiwillig diese Steuer herabzusetzen oder aufzuheben. Auch der vorliegende Gesetzentwurf entspringt nicht der Initiative des Finanzministeriums, sondern ist das verwässerte und verschlechterte Ergebnis des letzten Bergarbeiterstreikes.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei war von Anfang an grundsätzliche Gegnerin der Kohlensteuer

und die Bergarbeiterorganisationen, ohne Unterschied der Zugehörigkeit zu den Verbänden haben wiederholt die Beseitigung dieser Steuer gefordert, ohne daß dieser Forderung Rechnung getragen worden wäre. Entscheidend ist die Tendenz der Kohlensteuer als eminente Verbrauchssteuer, sie hat genau dieselbe schädliche Wirkung wie die Umsatzsteuer, denn sie wird wiederholt eingefordert, ehe der Konsument das Fertigprodukt in die Hände bekommt. Wenn darauf hingewiesen wird, daß auch andere Staaten die Kohlensteuer eingeführt haben, so muß darauf geantwortet werden, daß außer uns Deutschland die Kohlensteuer seinerzeit eingeführt, vor Monaten aber vollständig beseitigt hat. Polen reduzierte diese Kohlensteuer und ging soweit, daß die Exportkohle um volle 5 Prozent niedriger besteuert wird. Unsere Regierung legt dementgegen einen Gesetzentwurf vor, nach welchem die Exportkohle höher als die Inlandkohle besteuert wird. Das ist aber ein ganz falscher Weg, denn die Folge davon wird nur die sein, daß zahlreiche Gruben, welche auf den Export angewiesen sind, in der Zukunft werden stillgelegt werden müssen.

Nach dem Streike wurde die Kohlensteuer mit Zustimmung des Finanzministers, des Ministerpräsidenten und des Arbeitsministers herabgesetzt auf 10 und in manchen Revieren und Gruben auf 7 Prozent. In dem neuen Gesetze wird die Steuer allgemein mit 10 Prozent festgesetzt und lediglich der Finanzminister im Einvernehmen

---

Lehrermord.

Eine Schul-Erinnerung.

Von Oscar A. H. Schmitz.

Unser der Jugend so wohlgeneigtes Zeitalter zeigt eine besondere Teilnahme für Schülerselbstworde und erklärt sie gerne durch die Grausamkeit der Schule. Man vergißt, daß die Schuljugend selbst einer ebenso großen Grausamkeit fähig ist, wenn sie dazu die Macht fühlt. Nur in diesem Fall, wohlgemerkt! Niemals wird sie einen bösartigen, gefürchteten Lehrer ernstlich quälen, wohl aber ausnahmslos die, welche sich nicht zu helfen wissen.

Ich kann aus meiner Jugend einen Fall berichten, wie wir einen Lehrer buchstäblich umgebracht haben. Es herrschte die Sitte, daß am 5. Dezember, dem Vorabend des Hl. Nikolaustages, die Schüler den besonders beliebten wie den besonders gefürchteten Lehrern auf Klassenkosten einen aus Lebkuchen geformten Nikolaus in die Wohnung brachten. Unserem dermaligen Klassenlehrer war sein Nikolaus gewiß, da man sein zorniges Gemüt auf diese Weise wieder auf einige Zeit zu versöhnen hoffte. Als wir das Opfergebäck vor ihm ausgebreitet hatten, ließ er jedem der Schüler ein Glas Wein bringen und rieb sich die Hände vor Befriedigung, weil seine Angehörigen nun den Beweis hatten, wie beliebt er gerade wegen seiner Strenge war. Uns Buben, denen das Getränk etwas zu Kopf stieg, kam auf der Straße, die wir zu dieser Abendstunde zu betreten nicht gewohnt waren, die Lust an, irgend einen Unfug anzustellen. Der Nikolas für den Klassenlehrer hatte etwa 10 Mark gekostet, nun beschlossen wir, in einer Bäckerei einen aus Brotteig für sechs Pfennige zu kaufen, um ihn feierlich dem „Kaspar“ zu bringen. Dies war der Spitzname des Zeichenlehrers.

Dieser Unglückliche stand in einer Knabenschule nicht an seinem rechten Platz. Er war ein schöner Mann mit dunklem Vollbart, sanften Rehaugen und blasser durchsichtiger Haut. Man sah ihm an, daß er etwas schwach auf der Lunge war. In einer Mädchenschule wäre er gewiß angeschwärmt worden. Als er jung war, hatte er wie alle Zeichenlehrer — denn das wird wohl selten jemand mit vorbedachtem Plan — den Drang gespürt, Maler zu werden, und zwar einer von den Schönheitstrunkenen, die, mit Gott im Herzen und dem Ränzlein auf dem Rücken, einst die heiligen Kunststätten Welschlands durchzogen haben. Nun mußte er sich damit begnügen, die Schulknaben Ornamente und geometrische Figuren zeichnen zu lassen, deren Felder abwechselnd mit blassem Kaffee und düsterer Tinte bemalt wurden. Wir benutzten diese beiden Flüssigkeiten gern dazu, durch Verschütten und Umherschmieren den Zeichensaal in einen Schweinestall zu verwandeln. Trug man die Tinte auf, ehe der Kaffee ganz getrocknet war, dann floß beides ineinander. Es bildeten sich kleine schwarze Rinnsale in der blaßgelben Flut. Uns erfreute das sehr, den Kaspar aber ärgerte es grenzenlos. Nun war seine Erziehung wohl nicht die beste gewesen, und in der Erregung ließ er sich leicht gegen guter Leute Kind zu dem gewiß unschönen Schimpfwort „Dreckappel“ hinreißen. Sonst war er gut und rührend und dankbar für jedes freundliche Wort, das an ihn gerichtet wurde, zumal er von seinen akademisch gebildeten Kollegen über die Achsel angesehen wurde, ja sogar von dem Turnlehrer Fürchtegott Wiedehopf, dessen Frau doch auch nicht zu den Kaffeegesellschaften der Doktoren- und Professorengattinnen zugelassen war.

Niemals verließ den armen Kaspar ein gewisses Mißtrauen, das ihm in seiner schiefen Stellung zur zweiten Natur geworden war. Sicherlich hatte er noch nie einen Nikolaus bekommen, denn er war ja weder beliebt noch gefürchtet. Seine etwas dürftig aussehende Frau öffnete uns die Tür. Freudig rief sie ihren Mann heraus, nicht anders glaubend, als daß er nach dreißigjähriger Lehrzeit nun auch einmal einen Nikolaus haben sollte, was ja nicht mehr als recht und billig gewesen wäre.

Bis dahin hatte ich die Geschichte lustig gefunden. Als ich aber jetzt des Kaspars kränkliches Gesicht sah, über das ein kurzer Schimmer der Freude huschte, erschrak ich plötzlich vor dem, was wir da getan hatten. Nur mit Mühe beherrschte ich die Tränen, die mir nach den Schläfen drängten, Tränen der Reue, des Erbarmens, der Scham. Der Kaspar wollte einige Worte des Dankes sagen, als in dem schlicht erleuchteten Vorplatz sein Blick auf das kümmerliche Backwerk fiel. Ein besonders Grausamer hatte obendrein ein Beinchen davon abgebrochen, das nun quer über dem Bauch des Nikolau lag. Plötzlich verstummte der Kaspar. Sein Gesicht drückte schmerzlichen Ernst aus. Den meisten von uns war die Sache schon leid, aber wir waren keine Russen, die nun alle in Tränen ausgebrochen wären, um uns zu schuldig zu bekennen, worauf der Kaspar uns großmütig verziehen und in sein Zimmer gebeten hätte. Wir gedachten nur, so schnell wie möglich von hier fortzukommen. Der Haupträdelsführer wollte den Nikolas mit dem gebrochenen Beinchen stillschweigend auf eine Komode legen, aber der Kaspar sagte ruhig: „Nein, nehmt das nur wieder mit!“ Dann standen wir noch einen Augenblick da, nicht wissend, ob wir bleiben oder gehen sollten. Schließlich machte der Kaspar vor uns die Tür zu, wir aber schauten uns betroffen an. Hierauf schlichen wir sehr niedergedrückt die Treppe hinunter. Auf der Straße fand einer das erlösende Wort: „Das war eine Gemeinheit von uns!“ Keiner widersprach. Der den Nikolaus trug, steckte ihn einem kleinen vorübereilenden Knaben zu.

Der Kaspar ließ noch bis in den Februar mit Tinte und Kaffee malen. In der Klasse herrschte nach wie vor dasselbe Durcheinander. Ich gab mir von jetzt an die größte Mühe, ihn durch saubere Ausführung seiner Aufgaben zu erfreuen, aber er merkte es nicht. Einmal nannte er mich sogar „Dreckappel“. Schließlich kam er nicht mehr, er hatte einen Blutsturz gehabt. Im Frühjahr starb er. In der Stadt hieß es allgemein, die Buben hätten ihn totgeärgert. Ungefähr 30 Schülerjahrgänge waren an dem Verbrechen beteiligt, und als beim Leichenbegängnis seiner Güte gedacht wurde, während in der sonnigen Kälte der verhaßte Klassenlehrer sich die Hände rieb, hatten wir obendrein die Enttäuschung, daß wir den Falschen getroffen hatten.

mit dem Arbeiten- und Handelsminister ermächtigt, für ungünstig produzierende Gruben die Steuer auf 7 Prozent herabzusetzen. Es ist wohl das schwerste Gebrechen des Entwurfes, daß neuerdings der bekannte Referent im Finanzministerium Kaöirek, das Recht erhält, die nach dem Streik amtlich festgesetzte Kohlensteuer nach Belieben zu ändern. Das zweite große Gebrechen des Entwurfes besteht darin, daß die Regierung nicht ermächtigt wird, die Steuer unter 7 Prozent herabzusetzen. Auch der jetzt bestehende Grundsatz, daß die Kohlensteuer nur von dem Fakturenwerte zu bezahlen sei, wird durchbrochen, da der Finanzbehörde das Recht eingeräumt wird, die Steuer vom amtlichen Preis einzuheben. Das größte Unrecht aber wird in dem Gesetz dadurch festgelegt, daß die Bemessung der Kohlensteuer bei Kohlenausfuhr generell nicht vom erzielten Verkaufspreis, sondern von einem erst zu ermittelnden Durchschnittspreis bezahlt werden muß. Diese Bestimmung ist direkt gegen den Kohlenexport gerichtet und wird weitere verheerende Wirkungen auf unseren Kohlenabsatz zeitigen müssen.

Ferner wird Erzeugern von Waren, die sie in das Ausland ausführen, die Befreiung und sogar Rückerstattung der Kohlenabgabe bewilligt, wenn es die Ausfuhrbedingungen erfordern. Das ist sicher volkswirtschaftlich sehr zweckmäßig und zeigt, daß endlich auch die Finanzverwaltung einzusehen beginnt, daß Wirtschaftserfordernisse stärker sein können als dummer Fiskalismus. Aber während der Gesetzentwurf den übrigen Exportindustrien die Steuerbefreiung und Rückerstattung der Kohlenabgabe oder der zur Erzeugung dieser Exportwaren verwendeten Kohle einräumt, wird mit demselben Gesetze eine höhere Besteuerung der Ausfuhrkohle festgesetzt. Warum wird die Einsicht, die für den allgemeinen Export gilt, nicht auch für den Kohlenexport ausgedehnt, trotzdem jedes Kind weiß, daß, wenn unsere Kohlenindustrie beschäftigt sein soll, nahezu ein Drittel der Kohle in das Ausland ausgeführt werden muß.

Das neue Kohlensteuergesetz bedeutet eine schwere Gefahr für die Kohlenindustrie, besonders für ihren Export und ist nur geeignet, die ohnedies latente Wirtschaftskrise in diesem Berufszweige noch zu verschärfen.

Es sprachen der tschechische Sozialdemokrat **Pik** und der Kommunist **Bubnik**, worauf das Gesetz unverändert angenommen wurde. Die Abänderungsanträge des Genossen Pohl wurden abgelehnt.

Sodann beschloß das Haus auf Antrag des Immunitätsausschusses, dem Gesuch des Kreisgerichtes in Olmütz um Auslieferung des Abg. Röttel wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik, des Abg. Hlinka und des Abg. Tomanek wegen Vergehens gegen § 172 des Strafgesetzes nicht nachzukommen. Hingegen wurde die Auslieferung Jurigas beschlossen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 12. Dezember 1923 um 1 Uhr nachmittags.

*

Die Affäre Novák-Mlčoch.

Der verfassungsrechtliche Ausschuß des Abgeordnetenhauses hielt gestern eine Sitzung ab, in der der Berichterstatter Dr. Matoušek über die Frage referierte, ob es möglich ist, nach § 51 der Geschäftsordnung einem Abgeordneten, der zugleich Minister ist, eine Rüge zu erteilen. In dieser Sache verlangt das Präsidium des Abgeordnetenhauses ein Gutachten; der Abg. Mlčoch hatte nämlich gefordert, daß dem Handelsminister Novak eine Rüge für seine Rede im Abgeordnetenhaus, durch die sich Mlčoch beleidigt fühlt, erteilt werde. Nach einer Debatte entschied der verfassungsrechtliche Ausschuß einstimmig, daß der § 51 der Geschäftsordnung auch Minister tangiert. Ueber die Frage der Schuld habe aber der Immunitätsausschuß zu entscheiden.

In der Debatte wies Genosse Dr. Haas darauf hin, daß das Abgeordnetenhaus bereits ein Präjudiz geschaffen hat, als es seinerzeit erklärte, dem Ansuchen um Auslieferung des Abgeordneten Tusar, welcher in seinem Exposee als Ministerpräsident einen Zeitungsherausgeber beleidigte, nicht stattzugeben, weil für den Abgeordneten, auch wenn er als Minister spricht, die absolute Immunität im Sinne des § 23 der Verfassungsurkunde für alle Aussprüche, welche er im Hause macht, gilt.

Aus dem Senat.

Prag, 11. Dezember. Heute trat nach vier Uhr nachmittags der Senat zu einer kurzen Sitzung zusammen, in der noch vor der Budgetdebatte, die morgen um zehn Uhr vormittags beginnt, einige Gesetzanträge angenommen wurden. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf einige Abänderungen des Gesetzes vom 17. Feber 1922 über die Mädchengewerbeschulen und die Verhältnisse des Lehrkörpers an diesen Schulen. Zu diesem Gesetzantrag wurde eine Resolution der Genossin Perthen angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, den täglichen Unterricht auch Abendkurse anzuschließen.

Hierauf nahm der Senat den Gesetzantrag an, durch den die Bestimmung über die Einschränkung der Schwurgerichte in Karpathorußland weiter verlängert wird. Der Senat nahm weiter einen Gesetzantrag über Aenderungen des Eherechtes an. Ebenso fand der Gesetzantrag, durch den die von der „Zentralbank der deutschen Sparkassen" herausgegebenen Kommunalschuldscheine für die Anlegung von Waisengeldern und ähnlichen Kapitalien verwendet werden dürfen, nach dem Berichte des Referenten Annahme.

Zur Regierungsvorlage über die Verlängerung des Gesetzes vom 22. Dezember 1921 ergriff nach dem Referate des Berichterstatters

Genosse Dr. Heller

das Wort und führte aus:

Durch die Gesetzesvorlage soll eine teilweise Anpassung der Strafen an die Geldentwertung bei Wucherfällen und eine Entlastung der Richter herbeigeführt werden. Obwohl die Vorlage allen Anordnungen nicht entspricht, werden wir für das Gesetz stimmen.

Genosse Dr. Heller bespricht hierauf die Zustände bei den Gerichten, die Flucht aus dem Richterstande, sowie den Mangel eines Nachwuchses, wogegen die in der Resolution vorgesehenen Stipendien keine Abhilfe schaffen. Die Ursachen für diese Zustände im Richterstande sind in dem Anwachsen der Arbeitslast und den elenden materiellen Verhältnissen der Richter und Kanzleibeamten gelegen. Die Ueberbürdung der Richter und Kanzleibeamten ist ungemein gewachsen.

Das Sparsystem der Regierung führt hier unhaltbare Zustände herbei.

Häftlinge und Heizer müssen zu Kanzleiarbeiten herangezogen werden, weil es an Kanzleiangestellten mangelt. Eingaben bleiben monatelang liegen, gerichtliche Entscheidungen kommen überhaupt nicht heraus, wenn sich diese die Parteien nicht selber schreiben lassen. Akten gehen in Massen verloren. Alle Beschwerden der Richter, des Publikums und der Advokaten scheitern an dem Sparsystem der Regierung.

Unsere Richter sind bis auf wenige unrühmliche Ausnahmen den Versuchungen der Zeit nicht unterlegen, sind objektiv geblieben und widmen dem Berufe alle ihre Kraft. Genosse Dr. Heller verlangt eine Besserstellung der Richter, die Einrechnung der Hochschulzeit und des richterlichen Vorbereitungsdienstes in die Dienstzeit und eine Entschuldungsaktion. Die tschechische Intelligenz sucht in den ihr zugänglich gewordenen Privatberufen Unterkunft. Die deutschen Intellektuellen werden jedoch auch durch die sprachlichen Anforderungen von einem Eintritt in den Richterstand abgeschreckt. Das Verlangen nach vollständiger Beherrschung der tschechischen Sprache durch alle Richter, die innere tschechische Amtssprache bei Gericht sind in vielen Gebieten überflüssig und verursachen große Mühe und Zeitverschwendung. Sie wirken aber auch verbitternd auf die Richter. Genosse Dr. Heller bespricht sodann die trostlose Lage der Kanzleibeamten, verlangt die Herabsetzung der Altersgrenze zur Erlernung der tschechischen Sprache und verweist auf die durch verschiedene Gesetze ins Ungeheuere gestiegene Agenda der Richter und Kanzleibeamten. Die Unmöglichkeit einer wissenschaftlichen Ausbildung der Richter, die durch die Verhältnisse bedingt ist, ist für den Richterstand eine große Gefahr geworden.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird hierauf der Gesetzantrag einstimmig angenommen.

Die Sitzung wird nach fünf Uhr geschlossen. Die nächste Sitzung findet morgen um zehn Uhr vormittags statt. Auf der Tagesordnung steht neben einer Reihe von Anträgen der Bericht des Budgetausschusses über das Budget für das Jahr 1924. Nach diesem Bericht beginnt die Budgetdebatte, die am Freitag um vier Uhr nachmittags beendet sein soll. Sollte die Abstimmung über das Budget bis zum Freitag nicht durchgeführt sein, so wird sie am Dienstag vorgenommen werden.

Inland.

Ein Tagblatt der Legionäre. Wie tschechische Blätter berichten, wurde in einer Sitzung der Tschechoslowakischen Legionärgemeinde der Beschluß gefaßt, ein Tagblatt herauszugeben. Von dem Aktienkapital übernimmt die Legionärgemeinde 60 Prozent, während die restlichen 40 Prozent der tschechischen Lehrergemeinde, der Gruppe des „Čas", der fortschrittlichen Demokratie und einzelnen Legionären überlassen werden.

Ausland.

Die sächsische Regierung wird „sturmreif" gemacht.

Die Reichswehr sollte unter dem Ausnahmerecht verfassungsmäßige Zustände herstellen. In Wirklichkeit steht das, was sie tut, im ärgsten Widerspruch mit dem Geiste der Verfassung. Gegenwärtig wird nämlich die staatliche Polizei, die der Reichswehr unterstellt wurde, von Sozialdemokraten, ja auch von Demokraten „gesäubert". Fast jeder Tag bringt neue Enthebungen von Sozialdemokraten von Sozialisten und Ernennungen von Reaktionären. Dem Freistaat Sachsen, der eine sozialistische Regierung hat, soll unter dem Vorgeben, eine „überparteiliche" Grundlage für die Polizei zu schaffen, ein ganz reaktionärer Polizeiapparat aufgezwungen werden. Die Regierung hat scharfen Protest bei der Reichsregierung eingelegt, in dem sie dem Wehrkreiskommando das Recht bestreitet, Staatsbeamte zu entfernen und solche zu ernennen. Die Mißhandlungen von Sozialisten und Kommunisten durch die Reichswehr im Verlaufe der Reichsexekutive werden gerichtliche Nachspiele haben.

Inzwischen machen sich Anzeichen einer neuen Regierungskrise bemerkbar. Gegen den Innenminister Liebmann wird von den Bürgerlichen ein heftiger Kampf geführt, der durch die Deutschnationalen auch ins Parlament zu tragen versucht wird. Liebmann ist besonders verhaßt, weil er die Zusammenhänge zwischen Rechtsradikalen und Reichswehr festgestellt hat. Die Demokraten, ohne deren Unterstützung die sozialistische Regierung nicht bestehen kann, haben denn auch schon neue Verhandlungen mit den Sozialisten verlangt, in denen auch die Stellung Liebmanns zu den Kommunisten eine Rolle spielen wird. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob die Demokraten die Regierung weiter unterstützen werden.

Diese Haltung der Bürgerlichen entspringt natürlich auch dem Verlauf und den Entschließungen des letzten sächsischen Parteitages, der die von den Bürgerlichen erhoffte völlige Abkehr von den Kommunisten nicht gebracht und eine Koalition mit den Bürgerlichen abgelehnt hat. Die proletarische Mehrheit im Lande, die durch keine Wahl erschüttert wurde, erzeugte in den Massen das auf dem Parteitag in die Erscheinung getretene starke Kraftgefühl, das nach der politischen Macht und der Beherrschung der Staatsmaschine drängt. Die Entwicklung in der letzten Zeit hat aber gezeigt, daß die im Parlament schwächeren Bürgerlichen wirtschaftlich die Stärkeren sind, um so mehr, da ein Teil der proletarischen Mehrheit, die Kommunisten, Wege beschreitet, die die Sozialisten nicht gehen wollen.

Deutschnationale und Kommunisten arbeiten nun auf den Sturz der Regierung Fellisch und auf Neuwahlen hin, bei denen sie günstig abzuschneiden hoffen. Dagegen kann den Volksparteilern und noch weniger den Demokraten an Neuwahlen zur Zeit nichts liegen. Sie tragen auch in der Reichspolitik die Verantwortung und müßten bei der Wahl wohl dafür büßen. Je nach der veränderten politischen Reichskonstellation werden sich aber diese Voraussetzungen für das Kabinett Fellisch ändern, das zur Zeit unter den schwersten Verhältnissen einmal mit den Demokraten, das andere Mal mit den Kommunisten arbeiten muß und unter solchen Umständen eine lange Lebensdauer nicht haben wird. Jndenfalls deutet alles darauf hin, daß die sächsische Regierung von den Bürgerlichen mit allen Mitteln „sturmreif" für den Sturz gemacht werden soll und daß die Bürgerlichen sich bemühen, die Begründung dafür zu geben, daß der Ausnahmezustand in Sachsen aufrechterhalten werden müsse.

Die Auslandsdelegation der sozialrevolutionären Partei Rußlands teilt mit, daß die russische Sowjetregierung neuerlich Verfolgungen und Unterdrückungen der russischen Sozialrevolutionäre vorbereite. Den Anlaß hiezu bilde der Freispruch der Mörder Worowskys vor dem Lausanner Gericht, obzwar selbstverständlich die russischen Sozialrevolutionäre mit der Mordtat und ihren Motiven nicht nur nichts zu tun haben, sondern sie auch als eine konterrevolutionäre Tat schärfstens mißbilligen. Wie die Auslandsdelegation mitteilt, will man jetzt die in dem bekannten Moskauer Prozeß zum Tode verurteilten zwölf Sozialrevolutionäre für die Ermordung Worowskys verantwortlich machen. Die russischen Sozialrevolutionäre rufen das allgemeine menschliche Gewissen zum Protest gegen den offenen Terror der Sowjetregierung auf.

Zwei Jahre Parteiarbeit.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag.

II.

So wie in dem Berichte an den Tetschener Parteitag die Kreisorganisationen den zahlungsmäßigen Berichten Erläuterungen beigefügt haben, so geschieht es auch diesmal. Die Berichte zeigen die Vielgestaltigkeit der politischen und sozialen Verhältnisse in der Tschechoslowakei. Ihre Lektüre ist für jeden Genossen lehrreich.

Die Kreisorganisation Eger ist in der Lage, von dem Wiederaufbau der proletarischen Bewegung im Bezirke Asch, wo die Arbeiterbewegung durch den Kommunismus arg gelitten hat, zu berichten. Im Gebiete der Kreisorganisation sind nicht weniger als zehn neue Lokalorganisationen errichtet worden, so daß man dort wieder von einer Periode des Aufstieges sprechen kann.

Das Gebiet der Karlsbader Kreisorganisation zeigt die Verschiedenheit der proletarischen Bewegung in industriellen und agrarischen Bezirken. In den industriellen Bezirken ist weniger mit den Kommunisten und mehr mit den Nationalsozialisten, in den ländlichen mit den Klerikalen zu rechnen. Trotzdem die Wirtschaftskrise in dem Gebiete eine schwere war, ist nur ein kleiner Rückgang der Bewegung festzustellen und es ist gar kein Zweifel, daß bessere wirtschaftliche Zustände einen mächtigen Aufschwung der Sozialdemokratie im Karlsbader Bezirke zur Folge haben werden.

Der Bericht der Kreisorganisation Teplitz-Saaz erzählt mit besonderer Ausführlichkeit von der Bildungsarbeit, die in dieser alten Hochburg der Sozialdemokratie geleistet wurde. Aus der Vielgestaltigkeit des Berichtes empfängt man den Eindruck einer nimmermüden Arbeit, die alle Zweige der Arbeiterbewegung umfaßt und die alle Instanzen der Partei dort geleistet haben.

In dem Berichte der Kreisorganisation Aussig wird uns erzählt, daß die anfangs der Berichtsperiode eingeleitete Werbetätigkeit für die Partei und die Parteipresse durch die Wirtschaftskrise unterbunden wurde und werden die Bemühungen aufgezählt, welche bezüglich Notstandsarbeiten durch die Bezirke und Gemeinden unternommen wurden. Im einzelnen werden die Wirtschaftskämpfe der verschiedenen Branchen übersichtlich geschildert. Gedacht wird auch der imposanten Maifeier des Jahres 1923, an der sich alle proletarischen Parteien beteiligten und der Erbauung der Volkshaussäle, in denen der Parteitag diesmal tagen wird. Nicht vergessen soll auch werden, daß in letzter Zeit die Kreisorganisation bedeutsame künstlerische Veranstaltungen in Aussig ins Leben gerufen hat.

Im Berichte der Bodenbacher Kreisorganisation ist eine Schilderung der wirtschaftlichen Lage und eine Darstellung des Verlaufes der Wirtschaftskrise daselbst von Interesse. Die Notstands- und Hilfsaktionen für Arbeitslose werden eingehend auseinandergesetzt, ebenso die soziale Fürsorgetätigkeit für Kinder, der in diesem Kreise besondere Liebe entgegengebracht wird. Trotzdem die Parteibewegung unter der Wirtschaftskrise gelitten hat, ist die Versammlungstätigkeit eine so rege gewesen, so daß wir in diesem Gebiete keine Schwächung der Partei erlitten haben.

Im Warnsdorfer Textilgebiet hat sich die Krise besonders schwer bemerkbar gemacht, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft leidet arg unter dem Lohnabbau. Dazu kam noch die zersetzende Tätigkeit der Kommunisten. Aber auch in diesem Kreisgebiet werden bessere wirtschaftliche Verhältnisse einen Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung bringen.

Die Reichenberger Kreisorganisation hat, da ihr Gebiet die Hochburg der deutschen kommunistischen Bewegung in der Tschechoslowakei ist, gegen diese Partei einen schweren Kampf zu führen. Um so erfreulicher ist es, zu hören, daß es auch da gelungen ist, 35 Lokalorganisationen aufzurichten.

Der Bericht der Trautenauer Kreisorganisation beginnt mit einer wirtschaftlichen Beschreibung des dortigen Gebietes und einer anschaulichen Schilderung der sozialen Kämpfe der Arbeiterschaft in der Zeit der Krise. Lehrreich ist der Nachweis, der in diesem Bericht erbracht wird, daß in den Bezirken, in denen keine kommunistische Partei besteht, die proletarische Bewegung stark, in den Bezirken, wo der Kommunismus seine Zerstörungsarbeit geleistet hat, schwach ist.

Der Bericht der Kreisorganisation Gruulich-Landskron schildert die Verkehrsschwierigkeiten in diesem Gebiete, welche die Parteiarbeit erschweren. Die kommunistische Bewegung ist hier vollständig abgeflaut. Seit 1. September 1922 besitzt dieses Gebiet ein Kreissekretariat. Zum Schlusse werden in dem Bericht die wirtschaftlichen Verhältnisse geschildert, insbesondere die furchtbare Arbeitslosigkeit im Gebirge.

Die Bezirksorganisation Prag, die keinem Kreise angeschlossen ist, hatte, obzwar die Arbeitslosigkeit dort nicht in Betracht kam, unter der Reaktion insoferne zu leiden, als das Klassenbewußtsein der Mittelschichten, die hier für die Organisation in Betracht kommen, infolge des Erstarkens der Reaktion nicht geschärft wird. Die Ueberwindung der Reaktion wird auch hier einen neuen Aufschwung bringen.

In dem Berichte der Kreisorganisation Mies wird geklagt, daß die dortigen Arbeitslosen in der Arbeitslosenunterstützung sehr benachteiligt wurden, weil von den Behörden stets auf den agrarischen Charakter des Gebietes hingewiesen wird. Die dortigen Genossen haben insbesonders gegen die Christlichsozialen und Hakenkreuzler zu kämpfen.

Die Parteiorganisationen im Krummauer Gebiete haben unter der Krise und den Bruderkämpfen innerhalb der Arbeiterschaft sehr gelitten. Trotzdem ist es gelungen, die bisherigen Organisationen zu beleben und neue zu gründen. Auch dort vollzieht sich die Loslösung der Arbeiter von der kommunistischen Ideologie.

Im Gebiete der Kreisorganisation Brünn ist das Zehnerschaftsystem der Partei eingeführt worden. In der letzten Zeit gehen die Bemühungen dahin, für Südmähren ein eigenes Sekretariat zu schaffen, was in absehbarer Zeit gelingen wird. Bemerkenswert ist die gewerkschaftliche Konzentration, die sich in diesem Gebiete vollzieht. Nach kurzer Tätigkeit der Brünner Kreisgewerkschaftskommission ist es gelungen, 2000 Mitglieder zu gewinnen, die der Reichenberger Zentralgewerkschaftskommission angeschlossen sind.

Aehnlich wie im Mieser Berichte, wird im Berichte der Kreisorganisation Sternberg über die geringe Unterstützung der Arbeitslosen Klage geführt. Als Grenzgebeit leidet die Organisation sehr unter den nationalen Kämpfen. Die heftigsten Gegner, mit denen wir dort zu ringen haben, sind nach dem Berichte die christlichsoziale Partei und die Kommunisten.

Im Gebiete der Troppauer Kreisorganisation ist es den Kommunisten nur in einem Bezirke (Freiwaldau) gelungen, einen Teil der Arbeiterschaft mitzureißen. Aber auch dort werden unsere Organisationen wieder aufgebaut. Ebenso bleiben die Nationalsozialisten nur auf einige Orte beschränkt, während wir den Christlichsozialen die größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

So verschieden die Verhältnisse in den einzelnen Kreisgebieten sind, so zeigen die Berichte übereinstimmend, daß wir trotz Wirtschaftskrise und Spaltung der Arbeiterbewegung überall vorwärts schreiten, daß in den Organisationen Leben vorhanden ist, und daß — sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse sich nur einigermaßen dauernd gebessert haben werden — der Aufstieg der sozialdemokratischen Bewegung unseren Genossen selbst und vor allem den Gegnern deutlich sichtbar werden wird.

Amerikas Teilnahme an der Sachverständigenprüfung.

London, 11. Dezember. (AR.) Präsident Coolidge teilte nach telegraphischen Meldungen aus Washington mit, daß die Vereinigten Staaten die Einladung der Reparationskommission zur Teilnahme privater amerikanischer Finanzsachverständiger bei der Prüfung der jetzigen wirtschaftlichen Situation Deutschlands angenommen haben. Obwohl diese Meldung bisher in London amtlich nicht bestätigt wurde, ruft sie in britischen Kreisen eine besondere Befriedigung hervor. Es wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten eine befriedigende Versicherung in der Richtung gefordert haben, daß die Arbeiten der von der Reparationskommission beantragten beiden Ausschüsse so durchgeführt werden, daß sie praktischen Wert haben.

Washington, 11. Dezember. Havas.) Nach einer offiziellen Mitteilung kann sich die Regierung der Vereinigten Staaten an den von der Reparationskomission vorgeschlagenen Expertenausschüssen nicht selbst offiziell beteiligen und auch keine offiziellen Vertreter abordnen, doch wird sie die Beteiligung amerikanischer Experten mit privatem Charakter billigen.

*

Ein Anschlag gegen die Beamtenrechte

Die Reichsregierung plant Verschlechterungen der Gehalts- und Dienstbestimmungen.

Berlin, 11. Dezember. (Eigenbericht.) Außerordentlich starke Mißstimmung herrscht unter den Beamten über die Absicht der Regierung, auf dem Verordnungswege die Arbeitsverhältnisse der Beamten wesentlich zu verschlechtern. Statt des Achtstundentages soll die 54stündige Arbeitswoche eingeführt werden. Die Gehälter sollen nicht viel mehr als die Hälfte der Friedenshöhe erreichen und zum Teil noch unter dem Existenzminimum bleiben. Die Verhandlungen darüber sind bisher ergebnislos geblieben, da die Regierung auf ihrem Standpunkte verharrt, wonach aus Ersparungsgründen eine so erhebliche Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses vorgenommen werden müsse, während die Beamtenvertreter der Auffassung sind, daß durch eine Vereinfachung des Organisationsapparates ein viel günstigeres Ergebnis erzielt werden könne. In zahlreichen Versammlungen werden die Beamten in diesen Tagen dazu Stellung nehmen. Sie finden die Unterstützung der Arbeiterorganisationen, denn ohne Zweifel würde eine Verschlechterung des Beamtenverhältnisses für die Industrie das Signal sein, auch die Arbeitszeit und die Entlohnung der Arbeiter dauernd unter den Stand des Vorkrieges herunter zu drücken.

Berlin 11. Dezember. Die Blätter veröffentlichen einen Brief des Staatssekretärs im Auswärtigen Amte Freiherr von Maltzan, der sich gegen die neue Gehaltsregelung der Beamten richtet, da die neuen Gehaltssätze noch nicht die Hälfte des Friedensgehaltes ausmachen, während die Lebenshaltungskosten das Doppelte der Vorkriegszeit betragen. Das Schreiben weist auf die sich daraus ergebenden Folgen für die deutsche Beamtenschaft, wie Bestechlichkeit, Notwendigkeit einer Nebenbeschäftigung, Vernachlässigung des Dienstes und Mangel an geeigneten Beamtennachwuchs hin und fordert die Regierung auf, hier Wandel zu schaffen und nicht das wehrlose Beamtentum für die mangelnde Initiative und Tatkraft der einzelnen Behörden büßen zu lassen.

Praktischer „Patriotismus" der Schwerindustriellen.

Berlin, 11. Dezember. Die Schwerindustrie hat einen neuen Angriff auf die Eisenbahnen unternommen. Seitdem die Verkehrsunternehmungen vom Reiche abgetrennt wurden und keine Zuschüsse mehr erhalten, befinden sie sich in einer schwierigen finanziellen Lage. Diese ist nicht zum wenigsten dadurch hervorgerufen worden, daß die Schwerindustrie bei ihren Lieferungen an die Eisenbahnen jahrelang die höchsten Profite zu erzielen verstanden hat. Jetzt wollen die Schwerindustriellen der Eisenbahnverwaltung Kredite zur Verfügung stellen, aber unter solchen Bedingungen, daß sie mit ihrer Annahme ihr letztes Ziel, nämlich die öffentlichen Unternehmungen in die Hand zu bekommen, auf einem Umwege erreichen würden. Man muß erwarten, daß das Reichsverkehrsministerium die Oeffentlichkeit darüber unterrichte, wie es die Unternehmungen zu sanieren beabsichtige und ob es die notwendige Energie aufbringt, den Anschlag der Schwerindustrie zurückzuweisen.

Die Hitlerei unter neuer Firma.

München, 11. Dezember. Der jüngst in München gebildete „Kampfbund deutscher Offiziere", der nach den polizeilichen Feststellungen sich als eine Fortsetzung des aufgelösten Hitlerischen Kampfbundes darstellt, ist durch eine Verfügung der Polizeidirektion verboten und aufgelöst worden.

Ein Hilferuf der Internationale.

Der Gewerkschaftsbund fordert eine Hilfsaktion für Deutschland.

Amsterdam, 11. Dezember. Der internationale Gewerkschaftsbund hat eine Eingabe an den Völkerbundrat gerichtet, worin auf die in Deutschland herrschende furchtbare Not hingewiesen und der Rat aufgefordert wird, schleunigst Maßnahmen zu erwägen, um die Bevölkerung Deutschlands vor dem materiellen Untergange zu bewahren und die deutsche Jugend vor der bedrohenden Demoralisation zu schützen.

Tadelsvotum für die Reichstagsfraktion

Die Berliner Vertrauensmänner gegen die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz.

Berlin, 11. Dezember. (Eigenbericht.) Zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes kam es in einer Versammlung der Berliner Funktionäre der Partei. Genosse Crispien führte aus, daß der Reichstag auf sein wichtigstes Recht, das der Budget-Bewilligung, durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes verzichtet habe. Unsere Fraktion hätte ihre Stellung dazu von dem Sanierungsprogramme der Regierung abhängig machen sollen. Dem Programme der Bourgeoisie müßte ein sozialistisches Programm entgegengestellt werden. Genosse Hildenbrand verteidigte demgegenüber die Haltung der Fraktionsmehrheit. Die Gefahr einer deutschnationalen Regierung im Reiche und in Preußen habe vor der Türe gestanden. Sie hätte die Arbeiterschaft brutal niedergekämpft. Wäre das Ermächtigungsgesetz abgelehnt worden, so hätte die Regierung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung gehandelt.

Nach einer regen Diskussion, die sich insbesondere mit der Gefahr einer neuen Spaltung befaßte, wurde eine von Crispien vorgelegte Resolution angenommen, welche die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz verurteilt und von der Partei zur Abwehr gegen die Reaktion den zielbewußten Kampf für den Sozialismus verlangt. Eine zweite Resolution wendet sich dagegen, daß von einer Spaltung der Partei gesprochen wird, wenn parteigenössische Kritik geübt würde. Die Berliner Funktionäre betonten ihre unerschütterliche Treue zur Partei, verlangen aber, daß der Mehrheitswille auch im Parteivorstande und in der Fraktion zum Ausdrucke komme.

Ein Vermittlungsausschuß im besetzten Gebiete.

Berlin, 11. Dezember. Wie die „Vossische Zeitung" berichtet, tritt heute im Rathause von Köln zum erstenmale der Sechzigerausschuß zusammen, der aus der Bevölkerung der besetzten Gebiete heraus geschaffen worden ist, um die Interessen der rheinischen Bevölkerung gegenüber den Besatzungsbehörden zu vertreten. In diesen Ausschuß haben alle Parteien des Reichstages ihre Vertreter entsendet. Er hat zunächst keine scharf umrissenen Vollmachten.

Wertbeständiges Geld im besetzten Gebiet.

Düsseldorf, 11. Dezember. (Wolff.) Im Einvernehmen mit der Reichsregierung ist es gelungen, ein gemeinsames wertbeständiges Notgeld aller Gemeinden des besetzten Gebietes zu schaffen. Die Ausgabe des wertbeständigen Geldes erfolgt durch die Landesbank der Rheinprovinz, die für die gesamten Landesbanken die Geschäfte wahrnimmt. Die Vorbereitungen zur Ausgabe des Geldes sind so weit gediehen, daß, wenn keine unvorhergesehenen Störungen eintreten, im Januar 1924 der gesamte Zahlungsmittelbedarf der besetzten Gebiete auf diese Weise wertbeständig gedeckt werden kann. Mit der Besatzung hat man die notwendigen Verhandlungen eingeleitet. Es steht zu hoffen, daß die Verhandlungen in diesen Tagen sowohl für das alt- wie das neubesetzte Gebiet günstig zu Ende geführt werden.

Wie in Washington das Washingtoner Abrüstungsabkommen befolgt wird.

Washington, 10. Dezember. In den Anträgen für das zwölfmonatige Budget, das heute dem Kongreß zugestellt wurde, schlägt Präsident Coolidge eine Herabsetzung um 300 Millionen Dollar vor und erhebt Einwendungen gegen den Plan einer Geldzuwendung an die vormaligen Soldaten. Der Marinesekretär empfiehlt in seinem Jahresbericht an den Kongreß für dieses Jahr eine Ausgabe von 30 Millionen Dollar für die Umgestaltung der amerikanischen Flotte und den Bau von acht Kreuzern, drei U-Boot-Kreuzern und sechs Kanonenbooten, sowie eine weitere Summe für die Verbesserung der Marinestützpunkte und die Entwicklung des Marineflugdienstes.

Der österreichische Postlerstreik.

Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Wien, 11. Dezember. In der Streiksituation der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten ist seit gestern keine Veränderung eingetreten. Der Streik wird in ganz Oesterreich streng eingehalten. Im Parlament sind nach den Beratungen innerhalb der einzelnen Parteien heute vormittags die Führer der politischen Parteien zu einer Konferenz zusammengetreten, in welcher beschlossen wurde, unverzüglich im Nationalrate die Novelle über die Reform der Beamtengehälter nach dem Regierungsentwurf zu erledigen. Zu diesem Zwecke ist der Finanzausschuß, welcher die Novelle für die Verhandlungen im Nationalrat im Detail vorzubereiten hat, gleich nach Schluß der Nationalratsitzung einberufen. Das Subkomitee des Finanzausschusses wird neuerlich mit den Vertretern der Beamtenschaft Verhandlungen pflegen. Die Nationalratsitzung, die um 15 Uhr begonnen hat, trägt infolge der vormittägigen Verhandlungen einen ruhigen Charakter.

Die ungarische Sanierungsanleihe.

Die Bedingungen für die Teilnahme der Kleinen Entente.

Belgrad, 11. Dezember. (AR.) Bezüglich der ungarischen Anleihe haben sich die Staaten der Kleinen Entente dahin geeinigt, daß sie der Anleihe zustimmen, wenn erstens zwanzig Prozent des Gesamtbetrages der Anleihe zur Bezahlung der Reparationen verwendet werden, die Ungarn den Staaten der Kleinen Entente schuldet, zweitens, wenn in die Kontrollkommission ein Mitglied der Kleinen Entente zugelassen wird, um eine eventuelle Verwendung der Anleihe zu Rüstungen zu verhindern.

Teuerungskundgebungen im Siegerland

Paris, 11. Dezember. Eine Anzahl von Beamten und Gemeindeangestellten sowie einige Angestellte der Polizei versuchten heute gegen Abend auf dem Rathausplatz zugunsten ihrer Forderung einer Teuerungszulage von 1800 Franks zu manifestieren. Es kam zu einem kleinen Handgemenge zwischen den Manifestanten und dem Ordnungsdienst. Einige Personen wurden verhaftet.

Neue Fabeln.

Von Josef Winckler.

Ein Hund hatte einen herrlichen Knochen gefunden und schleppte ihn ins Schott. Sein bester Freund kam, als wäre er satt und gleichgültig, aber plötzlich biß er ihn mitten in die Schnauze und raubte den Knochen. In hellster Empörung holte ihn der erste Hund ein und schimpfte: „Du Mensch! Du richtiger Mensch!" Da gab der zweite Hund beschämt den Knochen zurück: „Nein — dies darfst du mir denn doch nicht antun!"

*

Die Schlange beschlich den Kolibri. Funkelnd vor Heißhunger würgte die Grimme das süße Tier. Aber im selben Augenblick kam ein Jäger des Weges und legte den Bogen an. Da ließ die Schlange vor Entsetzen das Kolibri und dieses flüchtete in die Arme des Jägers und schluchzte: „Hat mich, den Paradiesvogel, Gott nicht besonders geliebt, daß er mein Gefieder so schillernd, meine Beine so zierlich, mein Auge so fromm gemacht? Töte die Gräßliche, die Gottes Liebling morden wollte!" Demütig kroch die Schlange heran: „Herr — höre nicht auf die Lüge des Kolibri, der sich preist als auserwählt! Denn hat nicht Gott meinen Giftzahn mit Vollendung gebildet wie jenes Gefieder? Sieh hier das Wunder meines Leibes, ob er nicht minder fein ringelt, wie jenes Bein gefügt ist? Und mein durchdringend lauernd Aug', ist es weniger kunstvoll ersonnen? Also hat Gott mich gleich geliebt wie den Kolibri!" Als der Jäger dies vernahm, betrachtete er mit Grausen die Welt.

•

Eine Ente von unscheinbarem Wesen und darum sehr prüde, sagte: „Es ist so unanständig, den bloßen Bürzel immer in die Höh' zu stippen; ich mach' dabei unterm Wasser stets die Augen fest zu — denn ich geniere mich so überm Wasser!" — „Papperlapapp!" schnatterte der Enterich und stand flügelschlagend königlich auf im Teich, wobei er den Bürzel blitzschnell schibbelte, daß ihm tausend Schaumperlen übers Gefieder rollten. Die Ente aber suchte vergebens eine Schneiderin auf, die ihr passende Hosen nähen sollte, denn zum Eierlegen mußte der Hosenschlitz sehr groß sein, und darum hatte es keinen Sinn. Folglich unterließ die Prüde das Tauchen. Folglich magerte sie immer mehr ab, wurde eine richtige, dürre Triene, verhuzelte und starb. Aber sie hatte ihre Sittlichkeit gerettet.

*

Der Ochs sagte zum Bauernknecht: „Wollen wir nicht mal aus Neugier unsere Seelen austauschen?" — „Warum nicht?" gähnte der, und sie tauschten die Seelen. Jeder tat sein Tagewerk weiter. Nach einer Woche meinte der Knecht: „Jetzt ist's genug — gib mir meine Seele wieder!" — „Du hast sie ja längst gekriegt" — brummte der Ochs. „So —? Das hätte ich beinah doch ganz vergessen!" nickte der.

Tages-Neuigkeiten

Eine Grubenkatastrophe.

Zabrze, 11. Dezember. Aus bisher noch nicht bekannter Ursache brach gestern abends auf den staatlichen Delbrück-Gruben untertags ein Grubenbrand aus, dem später eine Explosion folgte. Von den in der Nähe befindlichen Bergarbeitern haben 13 Mann schwere Brandwunden davongetragen, fünf Mann sind noch eingeschlossen und ihre Rettung ist zweifelhaft.

Die Angestelltenfeindlichkeit der Prager Deutschbürgerlichen. In der letzten Stadtratssitzung von Groß-Prag kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen wegen des Beschlusses, den Gemeindeangestellten heuer keine Weihnachtsremunerationen auszuzahlen. Für den Beschluß, der mit dreizehn gegen elf Stimmen gefaßt wurde, ist auch der Vertreter des deutschpolitischen Arbeitsblockes, Dr. Josef Eckstein, mitverantwortlich, da er ebenfalls gegen die Bezahlung einer Weihnachtsremuneration stimmte. Diese Handlungsweise ist für die deutschbürgerlichen Parteien und ihre öffentlichen Vertreter derart charakteristisch, daß sich jedes Wort der Kritik erübrigt.

Der Münchener Operettenputsch. Die von den Nationalsozialisten insbesondere durch Flugblätter versuchte Aufklärung der Vorgänge in der Putschnacht des 8. November wird nun durch eine Verteidigungsschrift Hitlers gegen Kahr ergänzt, deren Veröffentlichung in München der Generalstaatskommissär unter der Bedingung gestattet hat, daß seine Antwort auf die Darstellung Hitlers gleichzeitig bekanntgegeben wird. Beide Darstellungen bringen nichts wesentlich Neues und klären vor allem nicht auf, was in jener Nacht zwischen 11 und 1 Uhr bei Kahr und seiner Umgebung vor sich gegangen ist. Dagegen wird der Eindruck verstärkt, daß Hitler und seine Freunde bis zum Morgen des 9. November des guten Glaubens waren und sein konnten, daß Kahr und Lossow treu an ihrer Seite stünden. In die Zeit zwischen 11 und 1 Uhr fällt angeblich auch jenes bekannte Telegramm, in dem Kahr dem bayrischen Regierungspräsidenten die Uebernahme seiner Statthalterschaft, die er aus Hitlers Händen empfangen hatte, anzeigt. Kahr bestreitet, jemals einen solchen Funkspruch verschickt zu haben. Anderseits sind positive Anhaltspunkte dafür vorhanden. Von Hitlers Darstellung ist besonders jene Stelle interessant, in der geschildert wird, wie er nach dem Ueberfall im Rathauskeller die Herren Kahr und Lossow zur Uebernahme ihrer Aemter gewonnen hat. Darnach entschloß sich zuerst Lossow, dem Beispiele Ludendorffs zu folgen und verpflichtete sich durch Handschlag

Bettlerbataillone in den Straßen. Das „Berliner Tageblatt" bringt folgendes Bild deutschen Elends: Als klassisches Land der Bettelei war uns Italien geläufig. Kaum eine Reiseschilderung vergaß es, uns jene zerlumpten, hohläugigen, entsetzlichen Gestalten vorzuführen, deren flehende Blicke beinahe hündisch um jeden Heller gleichsam „schön" machten. Das Bettlerunwesen war der dunkelste Punkt im Lande des ewig blauen Himmels. Wir lobten unsere nordische Hochkultur mit dem absoluten Verständnis für soziale Unerläßlichkeiten. In Deutschland waren unwürdige Zustände wie diese von vornherein ausgeschlossen. Als die österreichische Papierkrone auf den zwanzigtausendsten Teil der Goldkrone fiel, wimmelte ganz Wien von Bettlern und Almosenjägern. Dann trafen uns die Berichte aus dem roten Moskau, wo der Rubel sogar auf ein Achtzigmillionstel seines früheren Wertes degradiert wurde. Die deutsche Mark hat inzwischen alle Rekords des Verfalls in den Schatten gestellt. Man rechnet nicht mit Millionen, man rechnet nicht mit Milliarden, man rechnet mit Billionen und Trillionen. Das Elend in einem Land steigt parallel mit dem Sturz seiner Währung. Gegen den deutschen Währungsverfall verblassen alle Beispiele der Geschichte. Die deutsche Not ist schlimmer als die österreichische und die russische waren. In den ärmeren Stadtteilen Berlins steht von früh bis spät der ganze Jammer dieser Zeit Parade, Ueberall, wo Menschen mit Geld zu tun haben, sind Bettler postiert. Vor den Fahrkartenschaltern, neben den Zeitungshändlern, am Eingang der Warenhäuser. Auf den Brücken stellen sie sich in die Lücken, die ihnen die Straßenhändler frei lassen. Sie kommen kaum noch heraus aus ihren Wohnbezirken, sie sind nicht mehr so gut zu Fuß, um bis zum Kurfürstendamm zu pilgern. Sie kommen an die Entreetüren der großen Mietshäuser, wo die kleinen Leute wohnen, die nicht wissen, ob ihnen nicht morgen ein gleiches Schicksal blüht. Sie erscheinen auf den Treppenfluren in steter Folge, und wenn sich der eine gerade vom vierten Stock bis ins Parterre durchgebettelt hat, geht schon der nächste die Treppen hoch. Sie fangen alle oben an und hören unten auf. Das haben sie von den Bettlern früherer Zeit gelernt. Damals war die Polizei streng hinter den Hausierern her und deshalb war es sicherer, von oben nach unten zu gehen. Aber die Bettlergilde aus früheren Tagen, die ein System besaß und eine Geheimsprache, die gleichsam organisiert war, ist im Strudel der Zeit untergegangen. Heute begegnet man nicht mehr jenen rätselhaften Kreidezeichen, durch die sich die Bettler ihre Tips mitteilten. Sie haben ihre Taktik geändert, vielleicht sind auch die Bettler aus der Vorkriegszeit längst tot. In diesen anormalen Zeiten vegetieren Men-

schen unter uns, die vom Bettlerlos wie von einem Glück reden. Es sind jene grausam Heimgesuchten, denen der Hunger bereits die Bewegungskraft geraubt hat, die nicht mehr betteln können. Sie warten nur noch auf den Tod als ihren Erlöser. Sie spielen die ihnen vom Schicksal brutal zugeteilte Rolle hinter verschlossenen Türen zu Ende und müßten doch gerade als Helden der deutschen Tragödie und als abschreckende Beispiele für die Schuldigen in das grelle Licht gestellt werden.

Heilmittel Bayer 205. Professor Kleine vom Berliner Institut für Infektionskrankheiten, welcher vor dem Kriege lange Jahre als Leiter der Expedition zur Bekämpfung der Schlafkrankheit in Ostafrika tätig gewesen war, ist von einer dreijährigen Forschungsreise aus dem Innern Afrikas zurückgekehrt. Er hat dort mit dem neuentdeckten Mittel Bayer 205 zahlreiche praktische Versuche gegen die Schlafkrankheit ausgeführt. Die Versuche ergaben, daß das neue Mittel gegen die Schlafkrankheit auch bei vorsichtigster Beurteilung zumindest alle bisherigen Mittel, auch das bisnun angewendete Atoxyl, bei weitem übertrifft. Bei Blut- und Drüseninfektion konnten mehr als 80 Prozent der untersuchten Fälle durch wenige Einspritzungen geheilt werden. Auch bei der schwersten Form der Schlafkrankheit, bei Erkrankungen des Nervensystems, ist durch das neue Mittel eine Reihe von Patienten vollständig geheilt worden. Auch bei der Tse-Tse-Krankheit konnten mit dem neuen Mittel ebenfalls sehr bemerkenswerte Erfolge erzielt werden.

Verhaftung eines Notenfälschers. In das Dresdener Gerichtsgefängnis wurde der Lithograph Fährmann aus Königstein eingeliefert, der seit längerer Zeit in großem Umfang falsche tschechoslowakische 50 K-Noten angefertigt hatte. Schon seit etwa zwei Jahren tauchten in Nordböhmen, besonders in den Bezirken Aussig, Tetschen, Leitmeritz, Teplitz, Reichenberg und Brünn solche falsche Noten auf, die sehr geschickt nachgemacht waren. Fährmann hatte sie hergestellt und ein Ehepaar Beutler in Ulgersdorf, sowie ein gewisser Hahme in Bensen und eine Anzahl anderer Personen hatten die Scheine vertrieben. Als die Fälschungen herauskamen und die Nummern der Falsikate in den Tageszeitungen bekanntgegeben wurden, bestimmten Beutler und Hahme den Fährmann, neue Falsikate herzustellen. Fährmann steht auch im Verdacht, falsche deutsche Banknoten hergestellt zu haben.

Dem Andenken Jaurès. Die französische Liga für Menschenrechte hat der Stadt Paris eine Plakette angeboten, die an dem Haus angebracht werden soll, in dem Jaurès am 31. Juli 1914 ermordet wurde.

Radiotelephonie als Hilfsmittel bei Grubenkatastrophen. Eine interessante Neuerung wird demnächst in den Bergwerken Mexikos eingeführt werden. Die einfahrenden Bergleute erhalten einen kleinen, eigens konstruierten Radioapparat, etwa von der Größe einer gewöhnlichen photographischen Handkamera, der sie instand setzt, im Falle einer Grubenkatastrophe durch Aussendung drahtloser Botschaften sich mit der Außenwelt in Verbindung zu setzen und die Stelle anzuzeigen, an der sie verschüttet wurden, so daß das Rettungswerk sofort in der erforderlichen Richtung einsetzen kann. Die von dem mexikanischen Arbeitsamt durchgeführten Versuche mit dem neuen Apparat, der ohne Antenne und ohne Verbindung mit der Erde funktioniert, sollen durchaus befriedigend ausgefallen sein.

Die Pressefreiheit in Polen. Der Krakauer „Naprzod" wurde in kurzer Reihenfolge zum siebenundzwanzigsten Male konfisziert. Vorige Woche feierte der „Naprzod" das Jubiläum der fünfundzwanzigsten Konfiskation während der Chjena-Witosregierung. Aus diesem Anlasse gab der „Naprzod" eine Jubiläumsausgabe aus, welche die Eigentümlichkeit hatte, daß sie nur den Kopfaufdruck hatte, sonst aber ganz leer war! Trotzdem keine weitere Zeile gedruckt war, wurde auch diese Nummer konfisziert! Der Zensor erblickte in dieser seltsamen Jubiläumsnummer eine Herabwürdigung der Behörden und konfiszierte vorsorglich auch diese leere Nummer!

Ein ausgeplünderter Wallfahrtsort. Havas meldet aus Oviedo (Nordspanien): Unbekannte Täter plünderten die Mariengrotte in Covodonga. Sie entwendeten zwei mit Edelsteinen reich geschmückte Kronen im Werte von drei Millionen Pesetas.

Vier Milliarden Dollars in Gold. Wie den Londoner Zeitungen aus Washington gemeldet wird, befinden sich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten für 4.168,091.621 Golddollars geprägten Goldes. Darnach würden die Vereinigten Staaten 46 bis 49 Prozent des gesamten Goldvorrates der Welt besitzen.

Die Royalistenexzesse in Athen. Nach einem offiziellen Kommunique wurden beim Zusammenstoße zwischen Royalisten und Republikanern am letzten Samstag in Athen acht Personen getötet und 29 verletzt.

Die Revolution in Mexiko. Havas meldet: In Mexiko kam es in der Nähe von Jalapa zu Kämpfen, denen 300 Personen zum Opfer fielen. Regierungstruppen besetzten von neuem Jalapa.

Ein Schwein gegen ein Herrenzimmer zu tauschen gesucht. Eine Berliner Tageszeitung veröffentlicht folgendes Inserat: „Ein fettes Schwein, etwa 350 Pfund, ist gegen ein Herrenzimmer zu tauschen."

Ein bescheidenes Amtsgericht. Wir lesen im Berliner „Vorwärts": Es ist unbegreiflich, warum die Leute soviel darüber schimpfen, daß sie an den Postschaltern lange Schlangen bilden müssen. Wenn man in so einer Schlangenlinie eine halbe bis eine Stunde warten muß, so ist das das beste Zeichen dafür, daß die Verwaltung auf ehrliche Weise bemüht ist, an Beamten zu sparen. Alle Staatsbürger hat man, unter dem Belagerungszustand, die Pflicht, so etwas warm anzuerkennen. Man kann, wenn man in so einer Schlange steht, doch mancherlei Lehrreiches erleben, z. B. dieses: Ein junges Mädchen, Angestellte einer Handelsfirma, kommt mit einem tadellos ausgefüllten Einzahlungsformular zum Schalter. Der einzuzahlende Betrag lautet über 120.000 Mark, in Worten: Hundertzwanzigtausend Mark, oder, um ganz deutlich zu sein, hundertzwanzigtausend Papiermark. Der Beamte erklärt laut Vorschrift, daß er einen so kleinen Betrag nicht annehmen könne. Eine Million muß es mindestens sein. Das junge Mädchen: „Das Gericht verlangt es doch aber so." Der Beamte: „Es hilft nichts, unter einer Millionen nehme ich nichts an." Das junge Mädchen: „Gut, ich werde also eine Million einzahlen. Verbessern Sie doch bitte, den Betrag." Der Beamte erklärt, das gehe nicht. Er reicht ihr ein Formular heraus, das sie nun aufs neue ausfüllen muß. Das junge Mädchen muß aus der Schlange heraus und ist verzweifelt. Als Ehrenmann kann man ein verzweifeltes junges Mädchen nicht ohne Rührung sehen. Man erkundigt sich und erfährt, daß ein Berliner Amtsgericht von der betreffenden Firma als Kostenvorschuß für einen zu eröffnenden Prozeß den Betrag von 120.000 Mark angefordert habe. Zur Zusendung dieser Aufforderung hat besagtes Berliner Amtsgericht ein Porto von 500 Millionen Mark verbraucht. Geschehen ist das im November 1923. Man unterfiehe sich nicht, auch nur entfernt einen häßlichen Gedanken gegen das Amtsgericht zu fassen.

Sven Hedin in Moskau. Sven Hedin ist nach seiner Reise durch China und der Mongolei in Moskau eingetroffen. Für das nächste Jahr plant er eine Expedition nach Tibet. Er wurde vom Kommissär für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin empfangen.

Tobsuchtsanfall aus Angst vor der Braut. Die Eltern des 21jährigen Franz Murn in Schwarzenbach in Oberfranken beschlossen, ihren Sohn zu verheiraten, und zwar an die 61jährige Besitzerin und Witwe P. B. aus Unterbernzen in Windischgraetz. Der junge Bräutigam fürchtete sich derart vor dieser Ehe, daß er knapp vor der Trauung einen Tobsuchtsanfall bekam. In diesem Anfall stürzte er sich auf seine Mutter und biß ihr die Nase ab.

Nähmaschinennähen als Schulgegenstand. Der Ortsschulrat in Brodetz bei Neu-Benatek hat zum Ankauf von Nähmaschinen für die dortige Mädchen-Bürgerschule 5500 K bewilligt, um die Unterweisung der Mädchen im Maschinennähen zu ermöglichen.

Genauer adressieren! Die Postdirektion teilt mit: In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß Briefsendungen nicht so adressiert werden, wie es die großstädtischen Verhältnisse in Prag in Hinsicht auf die rechtzeitige und richtige Zustellung der Sendungen erfordern. Viele Adressaten, besonders aus Geschäftskreisen, lassen sich ihre Sendungen bloß auf ihren Namen oder auf jenen der Firma ohne Angabe des Stadtteiles, der Gasse und der Hausnummer adressieren, scheinbar um dadurch den Anschein zu erwecken, daß sie große und bekannte Firmen seien. In solchen Fällen müssen die Postorgane im Prager Adreßbuche die näheren Daten heraussuchen und darnach die Adressen ergänzen, wodurch die Zustellung verspätet wird und bei gleichnamigen Adressen leicht eine falsche Zustellung erfolgen kann, besonders da viele Straßenbezeichnungen in einigen Stadtteilen sich wiederholen und auf der entfernten Peripherie von Groß-Prag viele Firmen entstanden sind, die im Zentrum der Stadt unbekannt sind. Es ist daher im Interesse des Adressaten, wie auch des Absenders gelegen, daß die Adresse der für Groß-Prag bestimmten Sendungen nicht nur Stadtteil, die Gasse und die Hausnummer, sondern auch die Nummer der Wohnung, resp. der Türe enthalte.

Prager Chronik.

Weitere Telephonanschlüsse in Prag nicht mehr möglich.

Das Post- und Telegraphen-Ministerium teilt mit: Mit Rücksicht darauf, daß durch die Errichtung von Telephonstationen bei jenen Gesuchstellern, welche die Investitionsanleihe gezeichnet haben, die Kapazität der Prager Telephonzentrale beinahe vollständig erschöpft ist und die Bauarbeiten an den neuen automatischen Zentralen, soweit es sich um die Umänderung der bisherigen manuellen Zentrale in eine automatische handelt, trotz aller Bemühungen der Telephonverwaltung um die Beschleunigung der Bauten der Zentralen und des Netzes in Prag noch längere Zeit in Anspruch nehmen werden, wird die Errichtung von weiteren Stationen im Prager Netz bis auf weiteres eingestellt. Alle Prager Bewerber um ein Telephon, welche seinerzeit die Telephon-Investitionsanleihe nicht gezeichnet haben, oder denen die Station nicht schon bewilligt wurde, werden verständigt, daß ihren Ansuchen derzeit unter den gegebenen Verhältnissen nicht entsprochen werden kann, auch dann, wenn sie nachträglich entschlossen wären, Investitionsanleihe in welcher Form immer zu zeichnen.

Aus dem Polizeibericht.

Bei einem Neubau in Vrschowitz stürzte gestern vormittags der 17jährige Klempnergehilfe Ludwig Olouhy vom Dache des fünfstöckigen Hauses herab. Er wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus geführt.

Kleine Chronik.

Ein Ozeandampfer ohne Kohlen.

Dieser Tage ist im Hamburger Hafen ein Schiff eingetroffen, das nicht nur dem Laien, sondern auch dem Fachmann viel des Interessanten bietet. Handelt es sich doch um einen großen Ozeandampfer, der kein Stückchen Kohle an Bord hat. Es ist dies der 16.322 Registertonnen große Dreischraubendampfer „Pittsburgh" der White Star Line für den neueingerichteten Dienst Hamburg—Kanada—New-York. Dieser Dampfer trat am 25. November eine erste Reise von Hamburg aus an unter dem Namen „das elektrische Schiff". Wohl werden seine Maschinen durch Dampf getrieben, der aber durch Oelfeuerung erzeugt wird, so daß das lästige Bunkern von Kohlen wegfällt, was für die Passagiere eine große Annehmlichkeit bedeutet. Im übrigen wird der ganze maschinelle Betrieb an Bord mit Hilfe der Elektrizität versehen. Nicht nur die sämtlichen Deckhilfsmaschinen, als da sind Rudermaschine, Ankerspill, Lösch- und Ladewinden usw. werden elektrisch betrieben, sondern auch die gesamte Kücheneinrichtung, von der Kartoffelschäl- und Messerputzmaschine bis zu den Herden und Backöfen, wird elektrisch in Gang gesetzt. Da wird elektrisch gebraten und gesotten, es wird elektrisch Brot und Kuchen gebacken und so ist es möglich, ein opulentes Mittagessen für 2500 Personen in kürzester Frist ohne jede Spur von Rauch und Ruß zuzubereiten. Dabei ist es durch die Art der Anschlüsse möglich, einen großen Braten herzustellen und gleichzeitig ein kleines Kotelett zu rösten, ohne daß auch nur ein Grad Hitze verloren geht. Ein weiterer Vorteil der elektrischen Küche ist die beispiellose Sauberkeit, die durch den Wegfall jeglicher Kohle erzielt werden kann und die blitzblanke Küche der „Pittsburgh" würde das Entzücken einer jeden Hausfrau bilden.

Aber auch für die Sicherheitseinrichtung des Schiffes ist die Elektrizität dienstbar gemacht worden. Zunächst werden die vielen auf der Kommandobrücke angebrachten, der Navigation dienenden Hilfsapparate elektrisch bedient, die Türen der vielen wasserdichten Schotten, die das Schiff in viele Abteile teilt, werden mit Hilfe der elektrischen Kraft geschlossen und geöffnet und auch die ganze neuartige Einrichtung für das Aussetzen der riesigen Rettungsboote wird elektrisch bedient. Auf dem Bootsdeck, wo 34 Rettungsboote vom allergrößten Typ aufgestellt sind, die 2460 Personen Raum gewähren, sind zwei gewaltige Portalkräne montiert, mit deren Hilfe es möglich ist, auch bei stark überliegendem Schiff die Boote auszusetzen, ohne daß sie mit der Schiffsseite in Berührung kommen. Diese Kräne werden von einer hochgelegenen Zentralisation aus von einem Mann bedient und das Aussetzen eines solchen Bootes, das mit Passagieren sieben Tonnen wiegt, nimmt nur eineinhalb Minuten in Anspruch. Also ist auch auf diesem Gebiet alles getan, um Leben und Eigentum auf See in der vollkommensten Weise zu schützen.

Die Bevölkerung Turkestans. Einem Bericht über die Bevölkerung und das Staatsleben Turkestans entnehmen wir folgende Einzelheiten: Die Bevölkerung Turkestans beträgt 7,200.000 und besteht aus 20 verschiedenen Nationalitäten, 47 v. H. davon sind Usbeken, 31 v. H. Kirgisen, 10 v. H. Russen usw. In kultureller Beziehung ist die Bevölkerung noch sehr unaufgeklärt, woran der Mangel an Schulen nach europäischem Muster schuld ist. Vor dem Kriege gab es im Lande 576 Schulen mit 35.900 Schülern. Die Sowjetregierung hat die Zahl der Schulen mit großer Energie vermehrt — zurzeit sind in Turkestan bereits 1669 Schulen eröffnet. Die Bevölkerung beschäftigt sich mit Ackerbau, Viehzucht, Seidenkultur und Gärtnerei.

Vater Goriot. 59

Von Honoré de Balzac.

„Nun," sagte sich Eugen, als er den Brief zum zweitenmal las, Frau von Beauséant gibt mir klar genug zu verstehen, daß sie auf das Kommen des Herrn von Rucingen keinen Wert legt." Er ging sofort zu Delphine, glücklich darüber, der Ueberbringer einer Freudenbotschaft zu sein, für die sie mit dem Preis nicht kargen würde. Frau von Rucingen war im Bad. Rastignac wartete in ihrem Boudoir, von rasender Ungeduld verzehrt. Seit zwei Jahren sehnte er sich nach dem Besitz einer Geliebten und wußte sich nun dem Ziel so nahe. Junge Leute gehen nicht zweimal in ihrem Leben durch solche Aufregungen. Die erste Frau, die wirklich Frau ist, dazu umgeben vom Glanz der Pariser Gesellschaft, hat, wenn sie in das Leben eines jungen Mannes tritt, keine Nebenbuhlerin. In Paris liebt man anders, wie in jeder anderen Stadt. Weder Männer noch Frauen glauben an jene Gemeinplätze, die man aus einem gewissen allgemeinen Uebereinkommen über sogenannte selbstlose Empfindungen breitet. Hierzulande soll eine Frau nicht nur Herz und Sinne beherrschen: sie ist sich darüber klar, daß sie den tausend Nichtigkeiten, aus denen das Leben besteht, größere Rücksichten schuldig ist. Hier ist die Liebe im wesentlichen prahlerisch, kühn, verschwenderisch, prunkvoll, nicht frei von Charlatanerie. Wenn alle Frauen am Hofe Ludwigs XIV. die La Valliere um den Sturm der Leidenschaft beneidet haben, der diesen großen Fürsten vergessen ließ, daß seine Manschetten je tausend Taler kosteten, so daß er sie zerriß, um dem Herzog von Vermandois seinen Eintritt auf der Weltbühne zu erleichtern, was kann man dann von der übrigen Menschheit erwarten? Seid jung, reich, aus guter Familie, seid noch mehr, wenn ihr könnt; je mehr Weihrauch ihr vor eurer Göttin abbrennen könnt, desto gnädiger wird sie euch sein, vorausgesetzt, daß ihr eine Gattin habt. Liebe ist Religion, ihr Kultus fordert mehr, als der anderer Religionen: sie geht schnell vorüber, und Trümmer bezeichnen ihren Weg. Dachstubenlyrik lebt vom Luxus des Gefühls; was würde aus der Liebe ohne diesen Reichtum werden? Wenn diese drakonischen Regeln Ausnahmen haben, so begegnet man ihnen in der Einsamkeit, bei Seelen, die sich nicht von der Welt und ihrer Moral haben verlocken lassen, die an einem stillen, klaren, unerschöpflichen Quell leben, und die, diesem einsamen Schatten treu, glücklich sind, wenn sie der Sprache der Unendlichkeit lauschen; sie finden ihren Widerhall überall, am lebendigsten in der eigenen Brust, sie warten geduldig auf ihre Stunde, voll Mitleid für jene, die die Früchte pflücken, ehe sie reif sind. Aber Rastignac glich der Mehrzahl der jungen Leute, die in ihrem Durst nach Ruhm, in ihrer Phantasie alles ausgekostet haben und auf dem Kampfplatz des Lebens einen Waffengang versuchen wollen. In seinen Adern brannte Fieber, vielleicht fühlte er die Kraft in sich, die Welt zu beherrschen, aber noch kannte er weder seine Möglichkeiten, noch sein Ziel. Wenn eine reine und heilige Liebe fehlt, die dem Leben Inhalt gibt, so kann dieser Durst nach Macht Größe haben. Man versuche nur, seine persönlichen Interessen zurückzustellen und sich die Größe seines Landes zum Ziel zu setzen. Aber der Student hatte jenen Punkt noch nicht erreicht, von dem aus der Mann das Leben beurteilt. Selbst den Reiz der unverbrauchten Ideen, der wie ein zarter Duft über der Jugend der Kinder, die in der Provinz aufgewachsen sind, liegt, war noch nicht von ihm abgefallen. Noch hatte er gezögert, den Pariser Rubikon zu überschreiten. Trotz seinen leidenschaftlichen Begierden schlummerte irgendwo in ihm die Vorstellung von einem glücklichen Leben, das der Adelige auf seinem Schloß führt. Aber gestern in seiner neuen Wohnung waren alle Skrupel von ihm abgefallen. Die Vorzüge vornehmer Geburt waren ihm schon lange klar, jetzt gesellten sich dazu jene Vorzüge, die man dem Reichtum dankt. Mit einem Ruck hatte er seine Provinzhaut abgestreift, er sah sich auf einem Posten, der ihm glänzende Zukunftsmöglichkeiten eröffnete. Und jetzt, auf einem bequemen Stuhl in diesem hübschen Boudoir, das ihm ein wenig mitgehörte, fühlte er sich jenem Rastignac, der vor einem Jahr nach Paris gekommen war, so fern, er sah ihn so deutlich vor sich stehen, daß er sich die Frage stellte, wie weit er noch er selbst war.

„Die gnädige Frau ist in ihrem Zimmer," meldete Therese. Beim Klang der Stimme zuckte er zusammen.

Er fand Delphine auf ihrem Ruhebett neben dem Kamin, frisch, rosig, verträumt. Von Muselingewoge umhüllt, wirkte sie wie eine jener indischen Pflanzen, die Frucht und Blüte zugleich tragen.

„Da sind Sie," sagte sie mit verhaltener Stimme.

„Raten Sie, was ich Ihnen bringe," sagte Eugen und setzte sich neben sie. Er griff nach ihrem Arm, um ihre Hand zu küssen.

Als Frau von Rucingen die Einladung las, strahlte sie. Sie sah Eugen mit feuchtschimmernden Augen an und warf ihm ihre Arme um den Hals, um ihn im Uebermaß befriedigter Eitelkeit an sich zu ziehen.

„Und Ihnen (dir," flüsterte sie ihm ins Ohr, „aber Therese ist in meinem Ankleidezimmer, wir müssen vorsichtig sein!) Ihnen danke ich dieses Glück! Ja, ich wage, es ein Glück zu nennen. Durch Sie erlangt, ist es mehr als ein Triumph der Eigenliebe. Niemand wollte mich in die vornehme Gesellschaft einführen. Vielleicht finden Sie mich in diesem Augenblick klein, frivol, leichtsinnig wie eine Pariserin. Aber denken Sie daran, mein Freund, daß ich bereit bin, Ihnen alles zu opfern, und wenn ich leidenschaftlicher denn je wünsche, im Faubourg Saint-Germain zu verkehren, so ist es nur, um Ihnen dort zu begegnen."

„Glauben Sie nicht," sagte Eugen, „daß Frau von Beauséant in einer nicht mißzuverstehenden Weise andeutet, daß sie keinen Wert darauf legt, Herrn von Rucingen auf ihrem Ball zu begrüßen?"

„Aber gewiß," sagte die Baronin und gab Eugen den Brief wieder. Diese Frauen haben das Genie der Impertinenz. Aber einerlei, ich werde hingehen. Meine Schwester wird auch dort sein; ich weiß, daß sie sich eine herrliche Toilette für diesen Ball anschafft. Eugen," flüsterte sie, „sie geht hin, um furchtbare Gerüchte zu zerstreuen. Sie wissen nicht, was für Gerüchte über sie im Umlauf sind? Rucingen hat mir heute morgen erzählt, daß man gestern im Klub ganz öffentlich darüber gesprochen hat. Mein Gott, die Ehre einer Frau und einer Familie ist so leicht besudelt! Ich habe mich um meiner armen Schwester willen tief verletzt gefühlt. Es heißt, daß Herr von Trailles bereits verfallene Wechsel im Werte von hunderttausend Franken unterschrieben habe. Um dieser Wechsel willen sollte er verfolgt werden. In dieser äußersten Bedrängnis soll meine Schwester ihre Diamanten an einen Juden verkauft haben, jene schönen Diamanten, die Sie gewiß schon an ihr bewundert haben und die von der Mutter von Herrn Restaud stammen. Seit zwei Tagen ist von nichts anderem als davon die Rede.

(Fortsetzung folgt.)

Gerichtssaal.

Der Bankenprozeß in Brünn.

Brünn, 11. Dezember. Heute wurde vor dem Brünner Schwurgerichte in dem Ehrenbeleidigungsprozeß, den einige Prager tschechische Finanzleute gegen den Herausgeber der „Lidové Noviny" Dr. Jaroslaus Stránský und den verantwortlichen Schriftleiter des Blattes angestrengt hatten, das Urteil gefällt. Stránský wurde nach dem Wahrspruch der Geschworenen — zwölf Stimmen Nein — von der Anklage freigesprochen.

Aus der Verhandlung, die bekanntlich am Donnerstag vertagt und gestern wieder aufgenommen wurde, ist die Einvernahme des Unterrichtsministers Bechyně von größtem Interesse. Unterrichtsminister Bechyně führte aus, daß er Ende November 1921 von Dr. Stránský näheres über die Spekulation gegen die tschechische Krone erfahren habe. Dr. Stránský habe ihm erzählt, daß zwei Bankdirektoren im Verein mit dem Bankbeamten Dr. Altmann auf Baisse der tschechischen Krone während der Mobilisierung gegen Ungarn spekuliert haben. Bechyně, der durch diese Nachricht sehr beunruhigt wurde, habe am nächsten Tage den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Beneš um eine Unterredung ersucht, in der Dr. Beneš dann Bechyně die Mitteilung machte, daß das Disziplinarverfahren gegen Dr. Altmann bereits eingeleitet sei. Dr. Beneš mußte zugeben, daß die Sache sich so verhalte, wie sie Dr. Stránský geschildert habe. Ein strafgerichtliches Vorgehen gegen die Finanzleute sei jedoch nicht möglich, da die Beweise nicht so umfassend seien. Auch Dr Rašín, an den sich Bechyně wandte, bestätigte die Angaben Dr. Stránskys. Als dann Bechyně im „Pravo Lidu" einen Artikel veröffentlichte, erklärte ihm Dr. Svoboda, einer der Finanzleute, daß er nicht an der Spekulation teilgenommen habe. Bechyně habe dann in der Folgezeit sich für seine Auslieferung durch den Immunitätsausschuß eingesetzt, um vor Gericht seine Angaben gegen die Finanzleute zu wiederholen. Der Immunitätsausschuß habe jedoch das Auslieferungsbegehren monatelang nicht behandelt. Unterrichtsminister Bechyně gab dann noch weiter an, daß er die Informationen Dr. Beneš und Dr. Rašins für richtig halte, da diese beiden immer gut informiert waren.

Wegen Aufwiegelung verurteilt.

Troppau, 11. Dezember. Gestern hatte sich der Spenglermeister Adolf G. aus Freiwaldau wegen Begehens nach § 279 St. G. neuerlich zu verantworten. Adolf G. wurde bereits einmal verurteilt, rekurierte aber bis zum obersten Gerichtshof, der zum Teile der Berufung des Angeklagten Folge gab und eine neuerliche Verhandlung anordnete. Aus der Anklage ist folgendes zu entnehmen: Am 21. Mai 1921 fand am Ringplatz in Freiwaldau ein Protestmeeting der Bauern gegen die Zwangswirtschaft statt. Zu den ungefähr 1000 Demonstranten gesellte sich u. a. auch der angeklagte Adolf G., der durch auffallendes Benehmen die Aufmerksamkeit der Gendarmerie auf sich zog. Die Gendarmerie, die an diesem Tage Bereitschaft hatte, erhielt vom Bezirkshauptmann Jakubowski den Auftrag, sich in das Gebäude der Bezirksverwaltung zu begeben. Als die Gendarmen durch die Reihen der Demonstranten durchgehen wollten, um den Auftrag des Bezirkshauptmannes nachzukommen, wurde der zuletzt gehende Gendarm von Demonstranten entwaffnet und blutig geschlagen. Unter den erregten Leuten wurde der Angeklagte bemerkt und gegen ihn die Anzeige erstattet.

Adolf G. erklärte aber, in keiner Weise gegen die behördlichen Organe Stellung genommen oder gehetzt zu haben. Die in der Anklageschrift gegen den Angeklagten erhobene Beschuldigung stützte sich nur auf eine Zeugenaussage, während die anderen Zeugen von einer Aufhetzung durch den Angeklagten nichts zu berichten wußten.

Das Gericht verurteilte schließlich den Angeklagten nach langer Beratung zu 14 Tagen Arrest bedingt und zum Kostenersatz des Strafverfahrens.

Menschenschmuggel.

Berlin, 11. Dezember. Wie der „Lokal-Anzeiger" aus Beuthen berichtet, begann dort ein großer Prozeß wegen Menschenschmuggels. Angeklagt sind 21 Personen, darunter sieben Kriminalbeamte, welche zahlreiche Ostjuden ohne Paß die Grenze des Deutschen Reiches überschreiten ließen. Der Sitz der Organisation war Warschau, wo die Transporte zusammengestellt und dann hauptsächlich nach Oberschlesien gebracht wurden. Durch die Bestechung der Beamten, die den Verkehr zu überwachen hatten, seien in der ersten Hälfte des Jahres 1923 1000 Ostjuden nach Deutschland geschafft worden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Gesetzentwurf über die Baubewegung 1924. Die Regierung hat dem Abgeordnetenhause das neue Bauförderungsgesetz vorgelegt, demzufolge sie ermächtigt wird, aus dem Ertrag der staatlichen Baulosanleihe pro 1924 einen Betrag von 600 Millionen Kronen zum Bau von Wohngebäuden für Staats- und andere öffentliche Angestellte bereit zu halten. Die staatliche garantierte Anleihe darf, wenn es sich um Bauten gemeinnütziger Genossenschaften, Gemeinden, Bezirke, Gau- und Sozialversicherungsanstalten handelt, 55 respektive 45 Prozent des Bauaufwandes betragen. Der Staatsbeitrag zur Verzinsung und Amortisation des Bauaufwandes darf jährlich durch 25 Jahre, wenn es sich um die angeführten Bauherren handelt, 2.5 respektive 2.13 Prozent des Bauaufwandes betragen, wenn es sich um andere Bauherren handelt, 1.75 Prozent, sofern der Bau eine bis vier Wohnungen hat, und 2.13 Prozent des Bauaufwandes, sofern der Bau fünf oder mehr Wohnungen hat und in sonstigen Fällen 1.5 Prozent. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 30. März 1920 über die vorübergehenden Steuerbegünstigungen werden auch auf Bauten ausgedehnt, die bis Ende des Jahres 1925 fertiggestellt sein werden, mit der Abweichung, daß Häuserbauten mit Kleinwohnungen, deren Bau im Jahre 1924 in Angriff genommen und längstens bis Ende des Jahres 1925 fertiggestellt sein wird, für die Dauer von 25 Jahren die vollständige Befreiung von der Hausklassen- und Hauszinssteuer zusteht. Das neue Bauförderungsgesetz tritt mit 1. Jänner des nächsten Jahres in Kraft.

Herabsetzung der Eisenpreise. Wie die „Prager Presse" meldet, ist zwischen der Regierung und den Vertretern der Eisenindustrie eine Herabsetzung der Eisenpreise vereinbart worden, die für Stabeisen (ein Waggon) 1000 Kronen, für Schwarzblech ebenfalls 1000 Kronen, für Bandeisen 1500 Kronen und für Zinkblech 2000 Kronen beträgt.

Steigende Beschäftigung im Ostrauer Revier. Die Kohlenförderung im Ostrau-Karwiner Steinkohlenrevier erreichte im November ihren Höhepunkt. Es wurden 10,344.625 Meterzentner gegen 7,112.844 Meterzentner im Oktober gefördert. In den Gruben waren 43.733 Personen beschäftigt, daher um 663 mehr als im Oktober.

Generalversammlung des Konsumvereines Saaz. Sonntag den 9. Dezember 1923 fand in Saaz die ordentliche Generalversammlung des Konsumvereines „Solidarität" statt. Den Bericht über das verflossene Geschäftsjahr erstattete der Obmann der Genossenschaft Genosse Barth. Er hob hervor, daß die Wirtschaftskrise die Kaufkraft der Mitglieder geschwächt habe, was einen Ausfall des Warenumsatzes herbeiführen mußte. Ebenso hat der Preissturz bewirkt, daß die Umsatzziffer zurückgegangen ist. Es wird in Zukunft Aufgabe der Genossenschaft sein, unter der Bevölkerung Aufklärung über die Aufgaben der Genossenschaften zu verbreiten. Den ziffernmäßigen Bericht erstattete der Kassier Genosse Junker. Bei den Wahlen wurde in den Vorstand Genosse Josef Barth wiedergewählt. Ebenso wurden drei neue Aufsichtsratsmitglieder gewählt. Beim Punkt „Verteilung des Reingewinnes" wurde ein Antrag des Obmannes, den reichsdeutschen Genossenschaftern 500 Kronen zu überweisen, unter begeisterter Zustimmung der Delegierten angenommen. Schließlich wurde der Antrag, in Teutschenrust eine Realität zu erwerben, angenommen.

Die Frage der Arbeitszeit in der deutschen Industrie. Die „Vossische Zeitung" meldet aus Essen: Nachdem bei der Abstimmung unter den Bergleuten fast durchwegs einstimmig für die sofortige Aufnahme der Achtstundenschicht untertags gestimmt worden war, ist gestern auf einer Anzahl Zechen die Aufnahme der Arbeit nach den neuen Bedingungen endgültig durchgeführt worden. Auf den staatlichen Zechen wurde der Betrieb im vollen Umfange wieder aufgenommen. Alle Entlassenen sind restlos wieder eingestellt worden. Nur eine Anzahl Kokereiarbeiter kann gegenwärtig noch nicht voll beschäftigt werden. In der Eisen- und Metallindustrie begegnet die Wiederaufnahme der Arbeit noch gewissen Schwierigkeiten. — Wie das „Berliner Tageblatt" aus Breslau meldet, haben die Arbeitnehmerorganisationen aller Richtungen jede Stellungnahme zur Frage der Ueberarbeit in der oberschlesischen Industrie vorläufig abgelehnt. Sie wollen nicht in Verhandlungen über die Frage treten, bevor nicht die Entlohnung den Lebenshaltungskosten besser angepaßt werden kann.

Die Reallöhne in den verschiedenen Ländern. Der „Internationale Metallarbeiter" bringt eine, einer englischen Zeitschrift entnommene Zusammenstellung des Reallohnes in einigen der wichtigsten Hauptstädten der Welt. Diesen Zahlen liegen Berechnungen der Löhne von 17 Berufen zu Grunde, wobei der Reallohn in London mit 100 angenommen wird. Der Lohn beträgt dann in New York 228, in Ottawa 195, in London — wie schon erwähnt — 100, in Amsterdam 97, in Stockholm 90, in Warschau 89, in Christiania 88, in **Prag** und Brüssel 66, in Paris 63, in Madrid 61, in Wien 57 und in Berlin 54. — Wie man also sieht, gehören die Löhne in der Tschechoslowakei zu den niedrigsten der Welt. Sie werden nur noch unterboten von Paris und Madrid, wo die Arbeiterbewegung schwach ist und von Wien und Berlin, wo die Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch den Geldverfall herabgesetzt ist.

Nordfrankreichs Wiederaufbau. In einer von der „Agence Havas" veröffentlichten amtlichen Verlautbarung über den Stand des Wiederaufbaues in den zerstörten Gebieten und über die Kreditanforderungen im Haushalte 1924 heißt es, zur Zeit seien vom 22.900 zum Teil zerstörten und beschädigten Fabriken 20.000 wiederhergestellt. Es seien 2,912.000 Hektar zerstörten Bodens wiederaufgebaut, d. h. 88 Prozent der zerstörten landwirtschaftlichen Fläche. Schließlich seien 598.000 Häuser wiederhergestellt; allerdings seien 143.000 Häuser noch aufzubauen, aber schon jetzt besitze das Gebiet wieder seine normale Bevölkerung. Bis 31. Dezember l. J. würden für die Wiederherstellung der sachlichen Zerstörungen 46 Milliarden, für die Personenschäden 35 Milliarden Franken verausgabt sein. Man komme so zu dem Gesamtbetrage von 100 Milliarden, welchen der Staat in verschiedener Form den französischen Sparern und Steuerzahlern gezahlt hat. Für 1924 würden sich die Verpflichtungen des Staates nach den zur Zeit vorliegenden Anforderungen auf 18 Milliarden belaufen, von welchen neun Milliarden zur Behebung der Kriegsschäden bestimmt sind.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 16.76'25
Berlin	Mark 124.000,000.000'00
Wien	österr. Krone 2078'00

Prager Kurse am 11. Dezember.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1312.00	1316.00
1 Billion Mark	9.45'00	9.65'00
100 belg. Franks	157.75	159.25
100 schweiz. Frank	600.25	602.75
1 Pfund Sterling	150.12'50	151.62'50
100 Lire	149.25'00	150.75'00
1 Dollar	24.42'50	24.82'50
100 franz. Franks	183.50'00	185.00'00
100 Dinar	39.00'00	39.50'00
10.000 magyar. Kronen	16.95'00	18.95'00
1,000.000 poln. Mark	7.62'50	9.12'50
10.000 österr. Kronen	4.57'00	5.07'00

Literatur.

„Dem jungen Morgen zu" von Martin Andersen Nexö, Schilderungen von einer Rußlandreise, übersetzt von Berta Selinger, Oskar Wöhrle-Verlag, Konstanz. Mit Spannung geht der Leser, zumal der proletarisch-sozialistische, an die Lektüre dieses jüngsten Buches des großen dänischen Erzählers heran; mit Fug und Recht erwartet er von dem revolutionären Dichter, der die Weltliteratur mit seinem „Pelle der Eroberer" und mit so vielen anderen bleibenden Werken bereichert hat, daß er durch ihn objektiv geschaute und wiedergegebene Wahrheit über das neue Rußland erfahren wird. Leider wird Nexö diesen Erwartungen nicht in allen Stücken gerecht. Mit glühender Begeisterung, mit dem inbrünstigen Glauben an die Zukunft Sowjet-Rußlands, an den Sieg der proletarischen Revolution im Osten und nachfolgend in der ganzen Welt ist dieses Buch geschrieben, meisterhaft in der Schilderung von Land und Leuten, mit tiefstem psychologischen Verständnis für die russische Volksseele, die uns Westeuropäern noch lange nicht erschlossen ist. Wie kein zweiter versteht es Nexö, dieser gottbegnadete Sohn des dänischen Proletariats, was sein sozialistisches Herz empfindet, in Worte zu kleiden — aber die Wahrheit über Sowjet-Rußland spricht aus seinen Schilderungen nicht. Es mag wohl auch sein, daß er, der die russische Sprache nicht beherrscht, nicht imstande war, alle Zusammenhänge zu enträtseln; möglich auch, daß sein Urteil über die Sozialdemokratie, die er in seinem Rußland-Buch mit manch herbem Worte bedenkt, ihm zu umso hemmungsloserer Hingabe an den russischen Bolschewismus verführt. Jedenfalls aber beweist Nexö in diesem Buche, daß er, der revolutionäre Sänger proletarischen Leids und sozialistischen Zukunftsglaubens, ein sehr schlechter Politiker ist, dessen himmelwärts blickendes Auge die Dinge und Tatsachen der realen Welt nicht oder nur im rosigen Schimmer seiner Phantasie sieht. Am stärksten und besten sind Nexö die Kapitel über seine Reise von Dänemark über Karelien nach Rußland und das über Leben und Erziehung der Kinder in Sowjet-Rußland gelungen. Wohl weicht er auch den Schattenseiten nicht aus und widmet einen eigenen Abschnitt des Buches der „Nep", der neuen privatkapitalistischen Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands, die er zwar als notwendiges, vorübergehendes Uebel, aber dennoch mit traurigem Herzen betrachtet. Nicht ein Wort aber steht in Nexös Buche vom Terror der kommunistischen Diktatur, von den Verfolgungen Andersgesinnter, von der blutigen Unterdrückung der Menschewiki — kurzum von den Gewaltmethoden des Bolschewismus nach der Revolution. Aus diesen und anderen Gründen vermag man auch nicht in Nexös Buch den reinen Spiegel zu erkennen, der uns ein wahres Bild des Rußland von heute geben könnte. „Dem jungen Morgen zu" ist eine der vielen, einander widersprechenden Zeugenaussagen über Rußland, als solche aber und wegen der dichterischen Darstellung lesenswert. —dt.

Kaufet nur gute Waren!
zu billigen Preisen.
Damaste, Kanafase, Zefire, Chiffone, Weben, Handtücher, Gläsertücher, Taschentücher etc.
Inlette mit Garantie. 1922
Weberei- und Textilwaren en gros
Baldovsky, Breitler & Co., Prag, Celetna 3.
Bei Berufung auf dieses Inserat besond. Nachlaß.

Anglo-Elementar
Versicherungs-Aktiengesellschaft
in Wien.
Direktion für die tschechoslowakische Republik
empfiehlt sich zum Abschluß von **Feuer-, Unfall-, Transport- u. Pferde- u. Vieh-Versicherungen zu kulanten Preisen.**
Volleingezahltes Aktienkapital 8 Millionen.
Bargarantiemittel in der Republik 23 Millionen. 1047
Bureau REICHENBERG, Bahnhofstraße Nr. 19.

Kunst und Wissen.

Eine Heine Feier in Teplitz, deren etwaiges Reinerträgnis der Hilfsaktion für Deutschland zugeführt werden soll, wird vom Bezirksbildungsausschuß Teplitz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei am Samstag, den 15. Dezember im Monopoltheater veranstaltet. Auf dem Programm stehen gemischte und Männerchöre, Sololieder und Rezitationen. Mitwirkende: Teplitzer Volkschor, Opernsänger Anton, Herr Kraus und Genosse Hofbauer.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch Gastspiel Pepi Glöckner-Kramer—Leopold Kramer „Die fünf Frankfurter"; Donnerstag neueinstudiert „Boccacio"; Freitag „Die schöne Mama"; Samstag „Cavalleria rusticana — I pagliacci"; Sonntag abends neueinstudiert „Fidelio".

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch und Sonntag „Dorine und der Zufall"; Donnerstag abends und Sonntag nachmittags „Der kühne Schwimmer"; Samstag „Deutsche Kleinstädter".

Aus der Partei.

Eine Feststellung. Auf Anfragen von mehreren Seiten teilen wir mit, daß der gegenwärtig in der Tschechoslowakei mit Vorträgen auftretende russische Sozialist Dr. Mark Abramowitsch nicht identisch ist mit dem Vorstandsmitglied der russischen Arbeiterpartei Rußlands, Genossen Rafael Rein Abramowitsch, der Rußland in der Internationale vertritt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Bazar.
1332

12 Photographien für Kč 6 nur im **Photo-Studio Prag,** Vaclavske nam. 15. 1974

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Čermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Beachten Sie, daß die neuen
Berson-Gummisohlen
nur geklebt werden!
Verlangen Sie von Ihrem Schuhmachermeister die fachgemäße Befestigung und **Sie werden keine Schuhe ohne BERSON-Gummisohlen mehr tragen!** Sie ersparen teure Reparaturen, erhalten Ihr Schuhwerk **dauernd** elegant, schützen die Füße vor Nässe und Kälte und ermüden nicht beim Gehen! 1097

Inserieren Sie im Sozialdemokrat!